

# Dem Weltmarkt misstrauen

**Die Nahrungskrise nach dem Crash**



**Thomas Fritz**

# Dem Weltmarkt misstrauen

Die Nahrungskrise nach dem Crash

von Thomas Fritz | FDCL, Berlin, Dezember 2008

© FDCL, Berlin, Dezember 2008  
1. Auflage

Herausgegeben von:  
Forschungs- und Dokumentationszentrum  
Chile-Lateinamerika – FDCL e.V.  
Gneisenaustraße 2a  
D-10961 Berlin  
Fon: +49-(0)30-693 40 29  
Fax: +49-(0)30-692 65 90  
eMail: [info@fdcl.org](mailto:info@fdcl.org)  
Internet: <http://www.fdcl.org>

Autor: Thomas Fritz  
Verlag: FDCL-Verlag, Berlin

Grafiken: [www.deck2.de](http://www.deck2.de)  
Layout: Mathias Hohmann  
Druck: agit Druck, Berlin

Diese Publikation wurde gefördert von der Deutschen Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V. und der InWEnt GmbH aus Mitteln des BMZ.

Die Verantwortung für die hier vertretenen Positionen liegt ausschließlich bei den Autoren.

Titelfoto: Roosevelt Pinheiro, Agência Brasil ABr

ISBN-10: 3-923020-43-0  
ISBN-13: 978-3-923020-43-0

# Inhalt

Einführung	3
Aufstand gegen „das teure Leben“	3
Gefahr für die „internationale Ordnung“	3
„A hungry man is an angry man“	4
Aufstieg und Fall der Rohstoffe	5
Die lange Ära des Dumpings	6
Fatale Preisillusionen	8
Der Liberalisierungsschock	9
Landmärkte und Offshore Farming	11
Wachsend: die weltweite Nachfrage	12
Bald erschöpft: das „schwarze Gold“	13
Abgeschmolzen: die Getreidereserven	14
Abflachend: die Produktivität	15
Ein neuer Konsument: Biosprit	16
Bieterschlacht um Land	17
Die üblichen Verdächtigen: Finanzanleger	18
Das Verbot der Zwiebel-Futures	19
Ethanolmafia kontra „Spekulation“	21
Die Mär vom nützlichen Hedging	21
Virtuelle Antworten auf realen Hunger	22
Misstrauen in den Weltmarkt	23
Angriff auf Kornspeicher	23
Indiens Public Distribution System	24
Demokratische Reform	25
Der Future zieht den Pflug	25
Tödliche Cash Crops	26
Wettbewerb bedroht Ernährungssicherheit	27
Brandmauer zwischen Krise und Normalität	27
Endnoten	29
Literatur	31



## Einführung

Die Blase ist geplatzt und die Wirtschaftskrise nimmt ihren Lauf: Industrienationen sinken in die Rezession und reißen nun auch Entwicklungsländer mit. Die Hungerrevolten, die vor einem halben Jahr noch Schlagzeilen machten, sind aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Verstärkt wird dieser Aufmerksamkeitsverlust durch die Vermutung, der neuerliche Verfall der Rohstoffpreise werde zu einer Entspannung der Ernährungssituation führen. Diese Annahme jedoch ist fraglich: Noch steigen die Hungerzahlen.

Die Rezession zwingt dazu, Hungerrevolten und Nahrungskrise unter veränderten Vorzeichen zu betrachten. Fragen drängen sich auf: Fallen die Preise für Erdöl, Mineralien und Agrarprodukte dauerhaft auf ihr einstiges niedriges Niveau? War die „Spekulation“ an den Terminbörsen für die Rohstoffhauss

verantwortlich? Hat sich mit dem erneuten Sturz des Ölpreises auch der Boom des Biosprits erledigt? Entschärfen sich gar die Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen wie Wasser und Land? Kann nun also Entwarnung für die Welternährung gegeben werden? Und nicht zuletzt bedürfen auch die Antworten der „internationalen Gemeinschaft“ einer kritischen Betrachtung: Tragen sie überhaupt zu einer Beseitigung des chronischen Hungers bei? Diesen Fragen geht der folgende Text nach, ohne aber in jedem Fall bereits abschließende Antworten zu bieten. Vielmehr soll versucht werden, über die Unmittelbarkeit der aktuellen Wirtschaftskrise hinauszugehen. Denn strukturelle Faktoren und langfristige Trends, die auch künftig die Ernährungssicherheit beeinflussen, geraten allzu leicht aus dem Blick.

## Aufstand gegen „das teure Leben“

Drastische Preissteigerungen von Lebensmitteln und Treibstoffen trieben die Menschen im vergangenen Jahr auf die Straße. Die Reihe von Ländern, aus denen Proteste gemeldet wurden, wurde immer länger: Indien, Indonesien, Ägypten, Mosambik, Burkina Faso, Senegal, Kamerun, Algerien, Haiti, Honduras und Peru. Meist fanden die Demonstrationen dort statt, wo die Umsturzgefahr am größten ist: in den Städten. In Haiti, wo ein Drittel der Bevölkerung hungert, trat der ungeliebte Ministerpräsident Jacques-Edouard Alexis im April 2008 zurück, nachdem Tausende Menschen protestierend durch die Hauptstadt Port-au-Prince zogen.

In den meisten Fällen handelte es sich aber nicht um reine „Brotaufstände“. Vielfach gingen die Menschen aus Protest gegen die umfassende Prekarisierung ihrer Lebensverhältnisse auf die Straße. Sie reagierten nicht bloß auf steigende Nahrungsmittelpreise, son-

dern auf eine Erhöhung aller Lebenshaltungskosten, häufig ergänzt um spezifische lokale Konflikte. In mehreren Ländern Westafrikas etwa mobilisierten soziale Bewegungen unter dem Slogan: „Contre la vie chère!“ Gegen das „teure Leben“ also richtete sich ihr Protest.<sup>1</sup>

Und im Zuge der Proteste erfuhr die Forderung nach Ernährungssouveränität neue Popularität. In Burkina Faso berufen sich Bewegungen auf die Parole ihres einstigen Präsidenten und linken Revolutionärs Thomas Sankara: „Wir konsumieren, was wir produzieren. Wir produzieren, was wir konsumieren.“<sup>2</sup> Mit der Nahrungskrise steht die Wiedererlangung der Selbstversorgung in vielen Ländern wieder auf der Tagesordnung. Diese Forderung aber, gepaart mit dem destabilisierenden Potenzial der Proteste, löste erhebliche Unruhe in den Hauptstädten der alten Industriestaaten und in internationalen Organisationen aus.

## Gefahr für die „internationale Ordnung“

Im April 2008 lud das einflussreiche Center for Strategic and International Studies CSIS in Washington zu einem Dinner. Prominenter Gast war die Chefin des World Food Programme der Vereinten Nationen,

Josette Sheeran. Neben ihr fanden sich Vertreter verschiedener US-Ministerien, Hilfsorganisationen, Forschungsinstitute, die Gates-Stiftung und das US-Militär ein. Rasch waren sich die Beteiligten einig,

dass eine Task Force eingerichtet werden müsse, die eine strategische Antwort der USA auf die Hungeraufstände erarbeitet. Dank unbürokratischer Finanzierung konnte die Task Force bereits kurz darauf unter dem Vorsitz zweier Kongress-Senatoren die Arbeit aufnehmen.

In zwei Sitzungen hörten sich ihre Mitglieder, darunter die Hilfsorganisationen Care und Oxfam, Präsentationen des Verteidigungsministeriums, des Landwirtschaftsministeriums, der Rockefeller Stiftung, von USAID und diversen UN-Organisationen an. Im Juli schließlich legte die Task Force ihren Bericht vor. Der Befund: „Die gegenwärtige Krise ist nicht mit früheren Nahrungskrisen vergleichbar.“ Sie hat „eine globale Reichweite“; sie ist „weder auf einzelne Regionen beschränkt, noch durch eine singuläre Katastrophe verursacht.“ Auch werde sie noch einige Jahre anhalten, weil mehrere Dimensionen zusammenkommen: Landwirtschaft, Energie, Klimawandel, Handel sowie die steigende Nachfrage von Schwellenländern. Zugleich habe die Nahrungskrise schwerwiegende Folgen für die internationale Sicherheit, sie stelle „eine strategische Bedrohung“ dar.<sup>3</sup>

Besonders Länder mit starker Verstädterung, etwa Ägypten oder Pakistan, seien durch Aufstände gefährdet. Es brauche daher eine internationale Antwort „unter US-amerikanischer Führung“, so die Task Force. Diese müsse folgende Elemente umfassen: Verdopplung der US-Nahrungsmittelhilfe, drastische Produktivitätssteigerung durch Gentechnik, neues Saatgut und Dünger, ein erfolgreicher Abschluss

der Doha-Runde der Welthandelsorganisation sowie „zivil-militärische Dialoge“ über Nahrungssicherheit mit dem Afrika-, Süd- und Pazifik-Kommando der US-Armee.

Auch das Pentagon betrachtet die Ernährungskrise als potenzielle Bedrohung der „nationalen Sicherheit“ und der „internationalen Ordnung“. Seit zwei Jahren bereits widmen sich die Militärs dem intensiven Studium von „Trends und Schocks“. Sie schauen sich dazu in einem weiten Spektrum von Disziplinen um, von der Demographie über die Ökonomie bis zu den neuesten Entwicklungen in Forschung und Technologie. Durch die Analyse langfristiger Trends wollen sie sich gegen die möglichen Folgen plötzlicher Schocks wappnen, etwa extreme Klimaereignisse, eine technologische Revolution oder einen Finanzmarktkollaps. Pentagon-Mitarbeiter betonen, dass „die globale Nahrungskrise genau die Art von Herausforderungen darstellt, für die der ‚Trends und Schocks‘-Ansatz geschaffen wurde“.<sup>4</sup>

Diesem Ansatz folgt auch der jüngste Bericht des US-amerikanischen National Intelligence Council über die globalen Aussichten bis zum Jahr 2025. In den kommenden 15 bis 20 Jahren werde „in einer wachsenden Zahl von Ländern das Management der chronischen Nahrungs- und Wasserknappheit eine zunehmende Bedeutung bekommen“. Das „Risiko knapper Angebote“ steige weiter an, weil viele Regierungen aus Furcht vor „städtischer Instabilität“ die Nahrungsmittelpreise künstlich deckeln, dadurch aber höhere Investitionen in die Landwirtschaft behindern.<sup>5</sup>

## „A hungry man is an angry man“

Unmittelbare Bedrohungen durch die Nahrungskrise fürchten internationale Hilfsorganisationen, die vielfach im Schlepptau des Militärs in Krisenregionen einrücken. Der Mitarbeiter der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO, José María Sumpsi Viñas, weist auf die besonderen Risiken in Staaten mit internationaler Truppenpräsenz hin: „Stabilisierungsanstrengungen können unterminiert werden: Friedenserhaltende Missionen werden unter Druck gesetzt, Regierungen bei der Aufstandsbekämpfung zu unterstützen. Die internationalen Mitarbeiterstäbe sowie ihre Einrichtungen, etwa Lebensmittellager, werden zu Zielen.“ Als „dringende Maßnahme“ fordert er die Einbe-

ziehung von Hungeraufständen in „Konflikt-Frühwarnsysteme“. Internationale Hilfsagenturen und friedenserhaltende Missionen sollen gemeinsam beraten, „wie sie besser mit Massenunruhen umgehen können“.<sup>6</sup>

Die NATO geht in ihrem Magazin *Nato Review* der Frage nach, welche konkreten Auswirkungen die Nahrungskrise auf ihre Auslandseinsätze hat, etwa die ISAF-Truppen in Afghanistan. Die UN-Hilfsmission in Afghanistan UNAMA berichtet über viele Angriffe auf Nahrungshilfe-Konvois und bestätigt, „dass hohe Lebensmittelpreise junge Männer anfällig machen können für die Rekrutierung durch regierungsfeindli-

che Elemente, etwa die Taliban.“ Das NATO-Magazin folgert: „Dies hätte Folgen für den Westen – kurzfristig für unsere Soldaten sowie mittel- und langfristig für unsere eigene Sicherheit.“ Nahrung sei daher nicht bloß eine humanitäre Angelegenheit, sondern „eine Sicherheitsfrage, die Handeln verlangt.“<sup>7</sup>

Es ist kaum übersehbar, dass die Militärs die Hungerkrise instrumentalisieren, um die eigene Unentbehrlichkeit zu demonstrieren und militärische Antworten auf soziale Verwerfungen zu rechtfertigen. Opportunistisch stürzen sie sich auf diverse Krisenphänomene, aus denen potenzielle Bedrohungen erwachsen könnten. Fließend passen sie ihre Begründungen thematischen Konjunkturen an. So schreibt das NATO Magazin, dass europäische Regierungen bereits in der Vergangenheit Klimaflüchtlinge auf die sicherheitspolitische Tagesordnung setzten, heute hingegen werde „die Furcht vor massenhafter Migration (...) durch Menschen auf der Suche nach Nahrung verstärkt.“<sup>8</sup>

Durch die Behandlung als Sicherheitsproblem aber lassen sich weder die Nahrungskrise noch die umfas-

senderen sozialen und ökologischen Krisen überwinden. An die Stelle einer überfälligen sozial-ökologischen Transformation tritt zunehmend die repressive Gefahrenabwehr.

Der Beschluss Deutschlands, die Bundesmarine zur Pirateriebekämpfung ans Horn von Afrika zu entsenden, liefert dafür nur ein weiteres Beispiel. Der Evangelische Entwicklungsdienst weist darauf hin, dass sich viele verarmte Fischer den somalischen Piraten anschließen. Sie haben ihre Existenzgrundlage verloren, weil europäische und asiatische Großbrawler illegal die Fanggründe vor Somalias Küste plündern. Gegen sie jedoch geht die europäische Politik nicht vor. „Anstatt sich mit den wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Piraterie zu befassen, geht es ausschließlich um die militärische Absicherung deutscher und europäischer Wirtschaftsinteressen“, kritisiert das evangelische Hilfswerk. Diese Reaktion sei abermaliger Ausdruck „des militarisierten Denkens und Handelns deutscher Politiker.“<sup>9</sup>

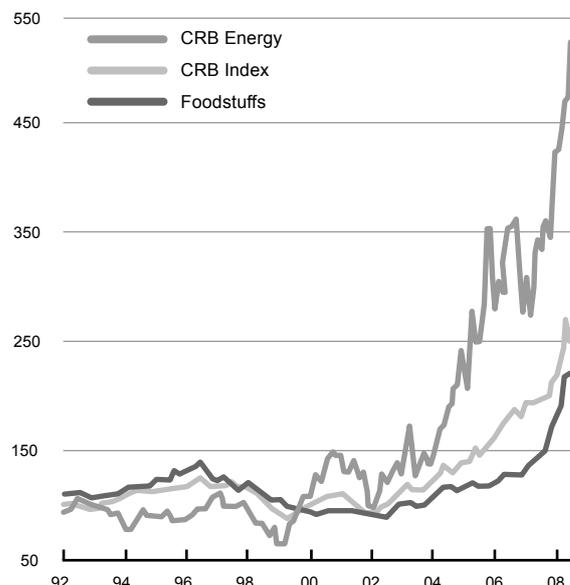
## Aufstieg und Fall der Rohstoffe

Hintergrund der weltweiten Protestwelle war ein Rohstoffboom, der bereits ab 2002 den Preis von Erdöl und metallischen Rohstoffen in die Höhe trieb und etwas später auch die Agrarpreise erfasste. Bei Betrachtung der langfristigen realen Preise zeigt sich aber, dass das Erdöl und die mineralischen Rohstoffe weit höher kletterten als die Agrarprodukte. Während das Erdöl im Juli 2008 mit 147 US-Dollar sein bisheriges historisches Hoch aus dem Jahr 1979 deutlich überschritt, verblieben die Agrarpreise weit unterhalb ihrer Höchstpreise der 70er Jahre (siehe Grafiken 1 und 2).<sup>10</sup>

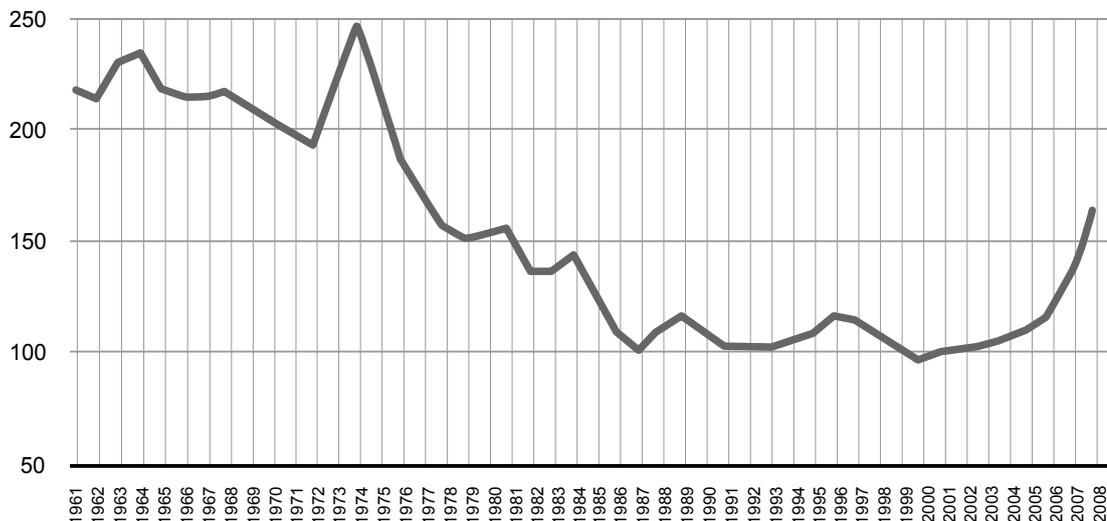
Gleichwohl waren fast alle wichtigen Nahrungs- und Futtermittel von dem Aufwärtssog des vergangenen Booms betroffen: Getreide, Ölpflanzen, Zucker, Fleisch und Milchprodukte. Besonders markant war die Entwicklung bei Getreide und Pflanzenölen. Nach Angaben der Weltbank erfuhr der Maispreis zwischen Januar 2005 und Juni 2008 fast eine Verdreifachung. Im gleichen Zeitraum stieg der Preis für Weizen um 127 Prozent und für Reis um 170 Prozent. Pflanzliche Fette und Öle verzeichneten ähnliche Steigerungsraten. Der Palmölpreis kletterte um 200 Prozent, der Sojaölpreis um 192 Prozent.<sup>11</sup>

Allerdings machte die FAO auch auf die übliche Zyklizität aufmerksam, denn „hohe Preise tendieren häufig zur Kurzlebigkeit, während niedrige Preise längere

**Grafik 1: Preisindizes für Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel, 1992–2008, Quelle: FAO**



**Grafik 2: Preisindex für Nahrungsmittel, 1961–2008 (1998–2000=100). Quelle: FAO**



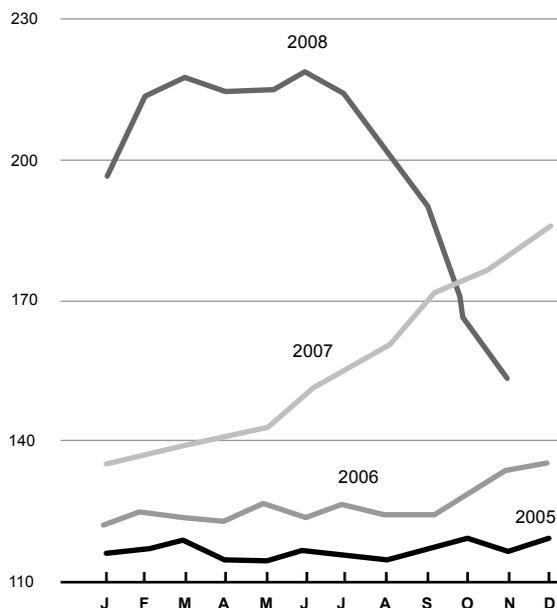
Zeit andauern“.<sup>12</sup> Diese Kurzlebigkeit zeigte sich bereits Mitte 2008, als die Agrarpreise wieder begannen nachzugeben – eine Entwicklung, die auch Erdöl und metallische Rohstoffe betraf. Die befürchtete weitere Abschwächung des Wachstums im Zuge der Wirtschaftskrise setzte nicht nur die Aktienmärkte unter Druck, sondern auch die besonders konjunkturabhängigen Rohstoffe. Der Erdölpreis unterschritt im Dezember 2008 sogar wieder die Marke von 40 US-Dollar. Angesichts der schweren Rezession in den alten Industriestaaten ist kurzfristig ein noch tieferer Fall nicht auszuschließen (siehe Grafiken 3 und 4).

Trotz der aktuellen Trendumkehr zeichnete der Preisschock bei Treibstoffen und Nahrungsmitteln für eine erhebliche Verschärfung der strukturellen Nahrungskrise verantwortlich: Nach Angaben der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO stieg die Zahl chronisch Hungernder allein in 2007 um 75 Millionen, von 848 auf 923 Millionen Menschen.<sup>13</sup> Nach vorläufigen Schätzungen sollen 2008 weitere 40 Millionen hinzugekommen sein, sodass nunmehr 963 Millionen Menschen chronisch hungern.<sup>14</sup> Hinzu kommt, dass sich 2007 auch der Anteil der Mangelernährten an der Gesamtbevölkerung wieder erhöhte, von 16 auf 17 Prozent. Dies ist besonders beunruhigend, da der relative Anteil der Hungernden zuvor trotz des Bevölkerungswachstums rückläufig war. Er sank in den Entwicklungsländern zwischen 1990 und 2003 von knapp 20 auf rund 16 Prozent.<sup>15</sup>

Jedoch liegen die Ursachen der Ernährungskrise tiefer und reichen auch historisch weiter zurück. Hunger

lässt sich nicht eindimensional mit Preiszyklen erklären – er existiert bei steigenden und fallenden Preisen. So verzeichnete die FAO schon seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder einen Anstieg der absoluten Zahl von Mangelernährten, nachdem diese in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten sank. Im Jahr 1970 hungerten in den Entwicklungsländern laut FAO 960 Millionen Menschen, 1980 rund 923 Millionen und 1990 noch 823 Millionen. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre stieg die Zahl jedoch wieder an und belief sich im Zeitraum 2003–2005 auf 848 Millionen Menschen.<sup>16</sup>

**Grafik 3: Preisindex für Nahrungsmittel, 2005–2008 Quelle: FAO**



**Grafik 4: Erdölpreis 2004–2008. Quelle: Datastream, Weltbank**



## Die lange Ära des Dumpings

Auch geriet angesichts des vergangenen Preisbooms häufig aus dem Blick, dass die Märkte in den 30 Jahren zuvor durch Niedrigpreise charakterisiert waren. Mitte der 70er Jahre begannen die Agrarpreise über einen Zeitraum von 10 Jahren zu verfallen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kam die Abwärtsbewegung zwar zum Stillstand, in den folgenden 20 Jahren aber verharrten die Preise weiterhin auf niedrigem Niveau (siehe oben: Grafik 2). Wesentliche Ursache waren die enormen Produktivitätszuwächse der mechanisierten Intensivlandwirtschaft in Industrie- und einigen Entwicklungsländern. In manchen Regionen führte dies zu Überschüssen, die auf den Weltmärkten landeten. Hinzu kamen vor allem in Europa und den USA hohe Subventionen, die die Preise weiter drückten.

Ein extremes Beispiel für die Pervertierung eines staatlichen Subventionssystems bietet bis heute die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Ursprünglich als Stimulanz für die am Boden liegende Landwirtschaft im Nachkriegs-Europa konzipiert, wurde das System aus Interventionspreisen, öffentlicher Lagerhaltung und Abschirmung des Binnenmarkts nach dem Erreichen der Selbstversorgung in den 70er Jahren fortgeführt und immer stärker auf den Export orientiert. Folge war die Überproduktion, symbolisiert durch „Milchseen“ und „Butterberge“. Interne Beihilfen und Exporterstattungen verschlangen zeitweise die Hälfte des EU-Haushalts, drückten den

Weltmarktpreis für Getreide, Fleisch und Milch und sorgten in Entwicklungsländern für Billigimporte, die dortige Produzenten vom Markt verdrängten.

Allerdings weist der kritische Agrarwissenschaftler Onno Poppinga darauf hin, dass die EU-Agrarexporte nicht einfach „als Beseitigung von Überschüssen“ begriffen werden können. Vielmehr sind sie „Teil einer systematischen Strategie der Absatzerweiterung“.<sup>17</sup> Für die EU-Kommission erfüllten die politisch erzeugten Überschüsse einen doppelten Zweck: Einerseits konnte sie mit Verweis auf die Überproduktion die forcierte Absenkung der Erzeugerpreise legitimieren, andererseits sorgte sie dadurch für eine effektive Marktbereinigung zugunsten der exportorientierten Großbetriebe.

Denn der Preisausgleich der EU-Subventionen privilegiert – unbeschadet aller Reformen – große Agrarfabriken. In Deutschland beispielsweise erhält ein flächenstarker, durchrationalisierter und pestizidintensiver Betrieb bis zu 120.000 € pro Arbeitskraft jährlich an Direktzahlungen. Dagegen muss sich die Masse der Kleinbetriebe (rund 70 Prozent) mit weniger als 10.000 € pro Arbeitskraft begnügen. Für sie kompensieren die Beihilfen überhaupt nicht die Verluste durch die künstlich abgesenkten Erzeugerpreise. Eine kostendeckende Produktion ist für den Großteil der Höfe kaum noch möglich. Ihre massenhafte Pleite ist voraussehbar und politisch gewollt.

Aus diesem Grunde konterkariert die Privilegierung der Agrarfabriken all die übrigen EU-Programme für die Beschäftigungssicherung, den Umweltschutz und die Landschaftspflege.<sup>18</sup>

Auch die jüngst vom EU-Rat beschlossene Erhöhung der Milchquote folgt dem Muster der Marktbereinigung durch politisch gewollte Überschusserzeugung: Von 2009 bis 2013 wird die Quote jährlich um ein Prozent steigen (insgesamt 5 Prozent), was das Angebot erhöht und die Erzeugerpreise für Milchviehbetriebe weiter drückt.<sup>19</sup> Einzig der Handel und die Molkeerwirtschaft profitieren. Dank Exportsubventionen für Milch und Butter werden sie die Überschüsse außerhalb der EU zu Dumpingpreisen auf den Markt werfen – eine aus merkantilistischer Perspektive erfolgreiche Strategie: Seit Jahren schon ist die EU der

weltweit führende Anbieter von Milchprodukten. Zugleich aber zerstört sie die Märkte in Burkina Faso, Ghana, Jamaika oder Indien, etwa durch Billigexporte von Milchpulver.

Das Dumpingsystem ist also mitnichten am Ende. Trotz des Subventionsumbaus in den vergangenen Jahren wird es nicht nur in Europa, sondern auch in den USA auf absehbare Zeit aufrecht erhalten. Zwar sank der Subventionsanteil an den Produzenteneinkommen in den OECD-Ländern zwischen 1986–88 und 2003–05 von 37 auf 30 Prozent, zugleich stiegen aber die gesamten jährlichen Beihilfen von 242 Milliarden auf 273 Milliarden US-Dollar.<sup>20</sup> Die Kosten der EU-Agrarpolitik belaufen sich auf über 40 Milliarden € pro Jahr, dies entspricht noch immer mehr als 40 Prozent des EU-Haushalts.

## Fatale Preisillusionen

In diesem Weltmarktumfeld konnten nicht nur in Industrieländern, sondern auch in Entwicklungsländern in erster Linie große, moderne Höfe überleben. Da sie auch den Löwenanteil der Subventionen einstrichen, erhöhten sie ihre Wettbewerbsfähigkeit über die Produktivität hinaus. Nur diese Minderheit von Großbauern, die kontinuierlich investierten und ihre Marktanteile ausbauten, profitierten in der lang anhaltenden Dumping-Ära. Die große Masse familiärer oder kleinbäuerlicher Betriebe jedoch erzielte ein viel zu geringes Einkommen, um überleben zu können. Die Folge waren Landflucht, Höfesterben und – vor allem im Süden – wuchernde Elendssiedlungen am Rande der Großstädte.

Diese Entwicklung führte in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu einem simplifizierenden Umkehrschluss: Käme es zu einer Trendumkehr mit steigenden Preisen, würde sich die Produktion für Kleinbetriebe wieder lohnen, so die weit verbreitete Annahme. Einkommen könnten geschaffen, die Landflucht aufgehalten und die Ernährungssicherheit verbessert werden. So meinte etwa der Agrarökonom der Universität Hohenheim, Jürgen Zeddies: „Während die Entwicklung bisher von sinkenden Agrarpreisen auf dem Weltmarkt gekennzeichnet war, wird es nach den Prognosen mittelfristig zu einer Umkehr kommen. Da 70 Prozent der ‚Armen‘ dieser Welt Kleinbauern sind, werden steigende Agrarprei-

se für diesen Anteil der Armen vorteilhaft sein, nicht allerdings für die restlichen 30 Prozent, die überwiegend in urbanen Regionen leben.“<sup>21</sup>

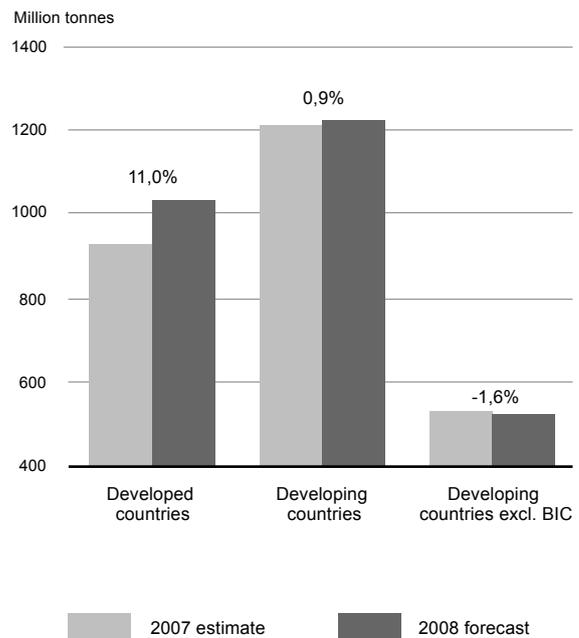
Der vergangene Rohstoffboom aber zeigt, dass diese Annahme zu kurz greift. Zwar ist unbestritten, dass Landwirte hinreichend hohe und stabile Erzeugerpreise benötigen, um wirtschaftlich überleben zu können. Jedoch kann sich auch ein großer Teil verarmter Bauern nicht selbst versorgen und muss Nahrungsmittel zukaufen. Als Netto-Käufer von Agrarprodukten sind sie, wie alle anderen einkommensschwachen Verbraucherinnen und Verbraucher auch, existenziell auf erschwingliche Preise angewiesen. Selbst die Weltbank stellt mittlerweile fest, dass „die meisten Armen Netto-Käufer von Lebensmitteln sind“. <sup>22</sup> Eine Preisinflation bedroht daher die Ernährungssicherheit in der Stadt und auf dem Land. Dies ist einer der Gründe für den erschreckend hohen Zuwachs der Hungerzahlen während des vergangenen Rohstoffbooms.

Selbst wenn die Agrarhändler, was nicht selbstverständlich ist, die höheren Weltmarktpreise an Erzeuger weitergeben sollten, können kurzfristig nur sehr wenige Kleinbauern profitieren. Denn in vielen Ländern ist es nur eine Minderheit, die mehr Lebensmittel verkauft als zukaft. Der Prozentsatz der Netto-Verkäufer von Nahrungsmitteln unter der Armutsbevölkerung beträgt nach Weltbank-Schätzungen

beispielsweise in Bolivien 5,6 Prozent, in Äthiopien 8 Prozent, in Bangladesch 8,4 Prozent und in Sambia 13 Prozent. Vietnam und Kambodscha weisen mit 33,6 respektive 36,3 Prozent hohe Anteile von Netto-Verkäufern aus. Aber auch hier bleiben sie eine Minderheit unter den Armen.<sup>23</sup> Nicht minder problematisch ist die pauschale Annahme, höhere Preise würden die Agrarproduktion stimulieren. Zwar reagieren Agrarmärkte schneller als andere Rohstoffmärkte auf Preissignale, jedoch wird diese Reaktion maßgeblich von der ungleichen Entwicklung beeinflusst. Erste Indizien, dass sich diese Ungleichheit auch bei steigenden Preisen reproduziert, liefert die FAO in ihrem „Food Outlook“. Danach reagierten nur Landwirte in den Industrieländern auf den Preisauftrieb mit einer deutlichen Steigerung der Getreideerzeugung. In den meisten Entwicklungsländern dagegen stagnierte die Produktion oder sank sogar noch ab.

Zwischen 2007 und 2008 erhöhen die Industrieländer ihre Getreideproduktion voraussichtlich um 11 Prozent, die Gruppe der Entwicklungsländer jedoch nur um geringe 0,9 Prozent. Mehr noch: Werden aus dieser Gruppe Brasilien, Indien und China ausgeklammert, schrumpft die Produktion im Süden sogar um 1,6 Prozent (siehe Grafik 5). Nüchtern konstatiert die FAO: „Die höheren Preise sind nicht den Produzenten in vielen Entwicklungsländern zugute gekommen: 2007 war ihre Angebotsausweitung gering und 2008

**Grafik 5: Getreideproduktion 2007 und 2008, Industrieländer, Entwicklungsländer mit und ohne BIC (BIC = Brasilien, Indien, China). Quelle: FAO**



praktisch inexistent (...). Besonders hart traf es arme Subsistenzbauern, die mit steigenden Inputpreisen konfrontiert waren, ohne einen größeren Überschuss mit entsprechend höheren Einnahmen produzieren zu können.“<sup>24</sup>

## Der Liberalisierungsschock

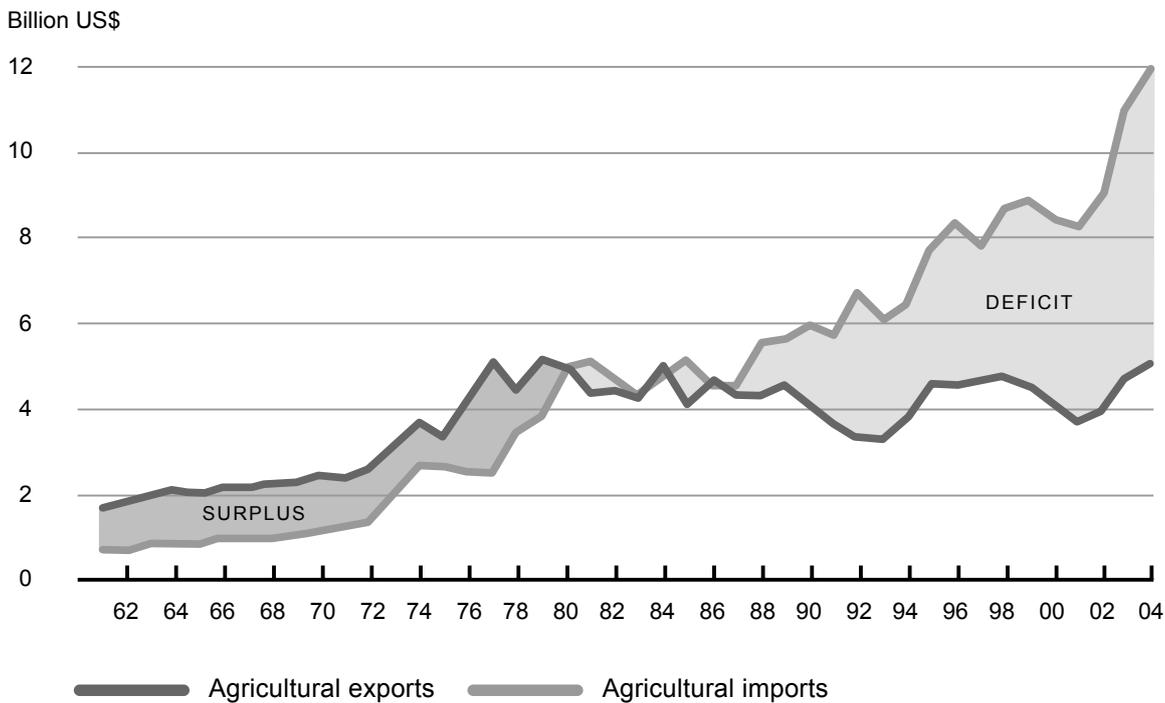
Vollkommen unterschätzt wurde ferner die enorme Verwundbarkeit der Entwicklungsländer, die seit der Schuldenkrise der 80er Jahre gezwungen waren, ihre Märkte zu liberalisieren. Unter dem Druck der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF sowie des Agrarabkommens der Welthandelsorganisation WTO wandelte sich ein Großteil von ihnen zu Netto-Nahrungsmittelimporteuren. Seit Ende der 80er Jahre bereits steigt ihr Handelsdefizit bei Agrargütern dramatisch an (siehe Grafik 6).

So konnte es nicht ausbleiben, dass die Preisinflation tiefe Löcher in die Haushalte der importabhängigen Staaten reißt. Ihre Ausgaben für Lebensmitteleinfuhren sind mit dem Rohstoffboom drastisch angestiegen. Die beiden verwundbarsten Ländergruppen – Least Developed Countries (LDC)

und Low-Income Food Deficit Countries (LIFDC) – leiden am stärksten unter dem Preisschock. Die FAO schätzt, dass ihre Lebensmittelrechnungen bis Ende 2008 auf das Vierfache der Summe steigen, die sie noch im Jahr 2000 aufbrachten. (siehe Grafik 7).<sup>25</sup> Zugleich warnt sie: „Höhere Importrechnungen sind nicht zwangsläufig eine Folge höherer Importmengen.“ Die Landwirtschaftsorganisation erwartet, dass viele Entwicklungsländer ihre Lebensmitteleinkäufe einschränken, obwohl die inländische Versorgung sich keineswegs gebessert hat.<sup>26</sup>

Zusätzlich ist ein Großteil der Nahrungsdefizitländer mit den noch erheblich stärker gestiegenen Erdölrechnungen geschlagen. Nach einer Umfrage des IWF gaben 79 Länder an, dass der kombinierte „food

**Grafik 6: Handelsbilanz mit Agrargütern der 50 ‚Least Developed Countries‘. Quelle: FAO**

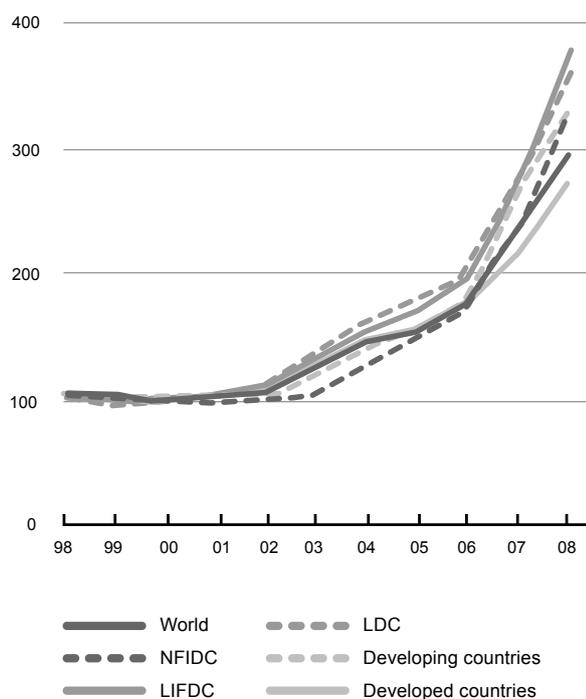


and fuel"-Schock zu deutlichen Belastungen ihrer Staatshaushalte führte. Der IWF schätzt, dass 50 dieser Länder auch in 2009 besonders verwundbar bleiben.<sup>27</sup> Diese Gruppe kämpft mit erheblichen Zahlungsbilanzproblemen. Ihre Devisenreserven sind soweit aufgebraucht, dass sie die notwendigen Importe nicht mehr dauerhaft finanzieren können. Die Reserven entsprechen nur noch der Einfuhr von weniger als drei Monaten.

Überdies ist der Preisschock in vielen Ländern vermutlich noch gar nicht vollständig angekommen, da die Regierungen versuchten, die Transmission der steigenden Weltmarktpreise auf ihre Binnenmärkte abzumildern. So senkten sie Importzölle und Steuern auf Agrargüter, subventionierten Grundnahrungsmittel oder verhängten Exportstopps auf Getreide und Pflanzenöle. All diese Maßnahmen belasten ebenfalls die Haushalte und sind meist nur kurzfristig finanzierbar. Zwar sind die Erdöl- und Agrarpreise zwischenzeitlich wieder deutlich abgesunken, nun aber trocknet die Weltwirtschaftskrise die Staatshaushalte im Süden aus: Ausländisches Kapital wird abgezogen, die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen schnellen in die Höhe und die Einnahmen aus Rohstoffexporten brechen ein. Die ärmsten Verbraucherinnen und Verbraucher, die in

manchen Ländern 70 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden, müssen daher mit weiteren Belastungen rechnen.<sup>28</sup>

**Grafik 7: Index der Importrechnungen für Nahrungsmittel, 1998–2008 (1998–2000=100). Quelle: FAO**



## Landmärkte und Offshore Farming

Nicht zuletzt heizten die gestiegenen Lebensmittelpreise die weltweite Jagd nach fruchtbarem Ackerland an, was wiederum die Bodenpreise in die Höhe zog. Verlierer sind verarmte Bäuerinnen und Bauern, die sich die Zupachtung von Land nicht mehr leisten können oder teils gewaltsam vertrieben werden. Schon seit einigen Jahren forcieren westliche Regierungen diesen Kampf um Land über ihre Entwicklungsagenturen, etwa die Weltbank. Sie finanzieren Bodenreformen, die traditionelle Landrechte von Kleinbauern und lokalen Gemeinschaften zerstören und durch Landmärkte ersetzen. Entsprechend umfasst das 1,2 Milliarden Dollar-Programm, das die Weltbank in Reaktion auf die Krise im Mai 2008 beschloss, neben Soforthilfe auch marktorientierte Reformen des Bodenrechts.<sup>29</sup>

Die offiziellen Entwicklungsagenturen betrachten freie, flexible Landmärkte als erforderlich, „um die Übertragung begrenzter Landressourcen von weniger profitablen auf profitablere Nutzer zu ermöglichen“, so der Autor Uwe Hoering. Als besonders profitabel gelten exportorientierte Großbetriebe. Das Ergebnis ist laut Hoering voraussehbar: „Erfahrungsgemäß sind Landmärkte in der Regel denn auch Einbahnstraßen: Es sind vor allem die ärmeren Bauern, die als Verkäufer auftreten, sei es verführt durch hohe Landpreise, sei es gezwungen durch Schulden und fehlende Perspektiven.“<sup>30</sup>

Aber nicht nur die westliche Entwicklungshilfe wirkt als Schmiermittel der Verdrängung. Die Erwartung eines auch mittelfristig höheren Preisniveaus und häufigerer Versorgungsengpässe sorgt für einen weiteren Trend: das sogenannte Offshore Farming. Private Investoren und immer mehr Regierungen kaufen oder pachten überall dort fruchtbares Land, wo es noch billig ist und ausländische Investoren einen leichten Zugang haben. In das Outsourcing der Lebensmittelherzeugung steigen besonders Länder mit Versorgungsproblemen ein, etwa Staaten aus dem Mittleren Osten (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait), aus Nordafrika (Libyen, Ägypten) oder aus Ost- und Südasiens (Japan, Südkorea, China, Indien).

Ihr wichtiges Interesse: Sie wollen im Ausland nicht nur den Produktionsprozess kontrollieren, sondern auch die Einfuhr landwirtschaftlicher Inputs (z.B. Saatgut, Dünger, Pestizide) sowie die Ausfuhr der

Ernten. Nach der jüngsten Erfahrung von Ausfuhrstopps auf Seiten wichtiger Agrarexporteure versuchen sie, den Anbauländern vor allem Garantien für den unbehinderten Export abzurufen. Golfstaaten etwa sichern das Offshore Farming häufig durch bilaterale Verträge ab: Im Gegenzug für die staatlich garantierte Ernteausfuhr gewähren sie Kredite oder liefern Erdöl und Erdgas. Daneben dient die direkte Kontrolle über Land, Produktion und Ausfuhr auch dazu, Zwischenhändler auszuschalten und die Importkosten zu senken.<sup>31</sup>

In den Anbauländern, die oftmals selbst Versorgungsprobleme haben, sind diese Verträge ein überaus sensibles Thema und werden mitunter geheim gehalten. Dennoch sickern immer mehr Fälle durch: Der Premierminister Kambodschas verpachtet Land an Katar und Kuwait, auf dem diese ihren eigenen Reis anbauen können. Im Gegenzug erhält er einen Kredit über 600 Millionen US-Dollar. Das ägyptische Landwirtschaftsministerium verhandelt mit Uganda, um dort 840.000 Hektar Ackerland leasen zu können. Japanische Lebensmittelhändler sollen bereits 12 Millionen Hektar im Ausland erworben haben.<sup>32</sup>

Werden die Verträge bekannt, stoßen sie häufig auf den Widerstand lokaler Gemeinschaften. Pakistani-Bewegungen etwa protestieren gegen die Pläne Katars, in der Punjab-Provinz Lebensmittel anzubauen: 25.000 Dörfer wären von Zwangsumsiedlung betroffen.<sup>33</sup> Ähnliche Befürchtungen haben Aktivisten im indonesischen West-Papua, wo ein saudi-arabisches Konsortium in dem Distrikt Merauke auf 1,6 Millionen Hektar Reis anbauen will. Oftmals wird behauptet, diese Investitionen würden der Versorgung der örtlichen Bevölkerung dienen. Jedoch verschleiern diese Beteuerungen meist nur den exportorientierten Charakter. Ein saudischer Geschäftsmann räumt offen ein, dass die bilateralen Verträge nur einen geringen Prozentsatz für die lokalen Märkte vorsehen, „um sicherzustellen, dass die Projekte ungestört durchgeführt werden können und Land und Leute uns keine Probleme bereiten.“<sup>34</sup>

Viele der Hoffnungen, die mit einem Anstieg der Agrarpreise verknüpft werden, erweisen sich offenbar als unrealistisch. Wesentlich mehr Bedingungen müssten erfüllt sein, damit ein steigendes Niveau der Weltmarktpreise zu ländlicher Entwicklung und

Armutsbekämpfung beitragen kann. Mindestvoraussetzungen, um Kleinbauern zu Einkommen und Verbrauchern zu erschwinglichen Lebensmitteln zu verhelfen, wären eine Stabilisierung der Erzeugerpreise und eine garantierte Abnahme der Ernten.

Die Expansion des Agrobusiness und des Offshore Farming verweist auf weitere Erfordernisse. Um die

zunehmende Verdrängung von Kleinbauern zu verhindern, müsste ihnen zum einen der dauerhafte Zugang zu Land und weiteren produktiven Ressourcen finanziell ermöglicht werden, zum anderen bedürfte es der Respektierung ihrer traditionellen, häufig gemeinschaftlichen Landrechte.

## Wachsend: die weltweite Nachfrage

Die Ernährungskrise lässt sich nicht einfach mit dem Preiszyklus erklären. Die lang anhaltende Niedrigpreisphase produzierte ebenso Verlierer wie der vergangene Rohstoffboom. Fast ausschließlich Landwirte in Industriestaaten kamen während der kurzen Boomphase in den Genuss höherer Erzeugerpreise. Es ist daher erforderlich, die Auswirkungen von Preisentwicklungen differenziert für verschiedene Akteure und lokale Kontexte zu untersuchen. Zugleich darf die Analyse nicht bei den unmittelbaren Preiszyklen stehen bleiben. Denn sonst bleibt der Blick auf strukturelle Faktoren und langfristige Trends verstellt, was sich gegenwärtig wieder beobachten lässt.

Der neuerliche Absturz der Rohstoffpreise, vor allem bei Erdöl und Agrargütern, führt zu der verbreiteten Annahme, dies würde zu einer Entspannung der Nahrungskrise beitragen. Ebenso nährt der Abschwung die Vermutung, der durch die Agrotreibstoffe angetriebene „Wettlauf zwischen Tank und Teller“ werde nun entschleunigt. Werden jedoch langfristige Trends betrachtet, erweisen sich diese Annahmen als überaus fraglich.

Internationale Organisationen bezweifeln, dass die gegenwärtige Rezession in den alten Industriestaaten zwangsläufig zu einem andauernden, tiefen Verfall der Rohstoffpreise führt. Trotz des steilen Sturzflugs des Erdöls, dessen Barrelnpreis innerhalb weniger Wochen um mehr als 100 US-Dollar absackte, meinte etwa der IWF in seinem Weltwirtschaftsausblick, dass die Rohstoffpreise „wahrscheinlich auf einem hohen Niveau gemessen an historischen Standards verbleiben werden“. Als Begründung verweist die Organisation auf das höhere Wachstum großer Schwellenländer, die niedrigen Vorräte und angebotsseitige Engpässe.<sup>35</sup>

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Konjunkturdaten, dass es relevante Verschiebungen der welt-

wirtschaftlichen Gewichte gibt. Das Wachstum der Schwellenländer führte bereits zu einer deutlichen Überkompensation der vergleichsweise moderaten Raten der Industrieländer. So erhöhte sich die Wirtschaftstätigkeit der Industrieländer 2007 nur um 2,6 Prozent. Dank des weit stärkeren Wachstums der „aufstrebenden Märkte“ jedoch stieg die Weltwirtschaft insgesamt um 5 Prozent.

Nach der im November 2008 nach unten korrigierten Prognose des IWF könnte der Anteil der Entwicklungswelt am globalen Wachstum im Zuge der Wirtschaftskrise noch weiter zunehmen. Danach wachsen die Industriestaaten in 2008 möglicherweise nur noch um 1,4 Prozent, Schwellen- und Entwicklungsländer jedoch um 6,6 Prozent, was der Weltwirtschaft insgesamt zu einem Wachstum von 3,7 Prozent verhelfen würde.<sup>36</sup> Deutlich wird daran auch: Bezogen auf das weltwirtschaftliche Gewicht sind Entwicklungsländer mittlerweile mit den Industriestaaten nahezu gleichgezogen.

Dabei geht nicht allein von den höheren Wachstumsraten der Entwicklungsländer eine preisstützende Wirkung für die Rohstoffe aus, sondern auch von der höheren Energieintensität ihrer Wertschöpfung. Pro Einheit ihres Bruttonationalprodukts verbrauchen Schwellenländer rund 40 Prozent und Entwicklungsländer rund 100 Prozent mehr Energie als die traditionellen Industriestaaten.<sup>37</sup>

Nicht zuletzt schlägt sich das Wachstum mittel- und langfristig in einer steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln nieder. Mit höheren Einkommen in den „Emerging Markets“ vergrößert sich aber nicht nur die Nachfrage, sondern es verändern sich auch die Konsumgewohnheiten und gleichen sich – vor allem bei den kaufkräftigeren Gruppen – jenen der Industriestaaten an. Die Nachfrage nach höherwertigen Gütern wie Gemüse, Obst, Fleisch und Milchprodukten

nimmt überproportional zu und verstärkt die Konkurrenz um die Anbauflächen für Grundnahrungsmittel, hauptsächlich Getreide.<sup>38</sup> Allerdings trugen, entgegen einer weit verbreiteten Annahme, Indien und China nur in geringem Maße zu dem vergangenen Preisauftrieb bei. Beide Länder waren in den letzten Jahren Nettoexporteure von Getreide, wenn auch

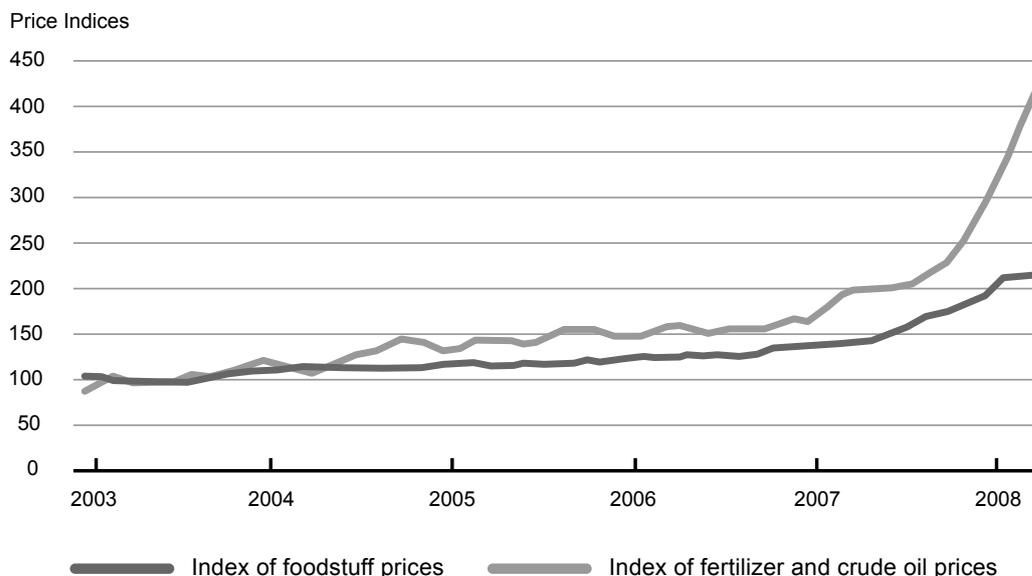
ihre Exporte sinken und ihr Verbrauch steigt. Zudem waren sie Nettoexporteure von Fleisch. Anders sieht das Bild bei Ölsaaten aus, da vor allem China die Sojaimporte steigerte, um den Futtermittelbedarf zu bedienen.<sup>39</sup> Nicht auszuschließen ist aber, dass beide Länder aufgrund ihres Wachstums künftig größere Getreidemengen nachfragen.

## Bald erschöpft: das „schwarze Gold“

Zwar haben die internationalen Agrarpreise seit Mitte 2008 wieder erheblich nachgegeben, gleichwohl warnt auch die FAO vor voreiligen Schlüssen. Der erneute Preisverfall „sollte nicht zu der Annahme verleiten, die Nahrungsprobleme der Welt seien gelöst“.<sup>40</sup> Weder kurzfristig noch in längerfristiger Perspektive könne Entwarnung gegeben werden. Ebenso wie der IWF bezweifelt die Landwirtschaftsorganisation die Annahmen über einen lang anhaltenden, tiefen Verfall der Rohstoffpreise. Aus einer Reihe von Gründen sei es „unwahrscheinlich, dass die Preise wieder zu dem niedrigen Niveau früherer Jahre zurückkehren“.<sup>41</sup> Zu diesen Gründen zählt die UN-Organisation die hohe Abhängigkeit der Agrarproduktion von den Energiemärkten, die steigende Nachfrage nach Agrokraftstoffen sowie die unverändert niedrigen Vorräte. Auch langfristige Herausforderungen seien mitnichten irrelevant geworden: „Land- und Wasser-

knappheiten werden zum größten Teil noch immer ignoriert. Investitionen in ländliche Infrastruktur und Forschung sind unverändert niedrig. Im Vergleich zu den Erzeugerpreisen bleiben landwirtschaftliche Inputs teuer. Und die Notwendigkeit einer Anpassung an den Klimawandel ist drängender als je zuvor.“<sup>42</sup> Ein wichtiger Faktor, der vor allem die industrielle Landwirtschaft beeinflusst, ist der Erdölpreis. Seine Bedeutung hat über den vergangenen Rohstoffboom sogar noch zugenommen. Landwirtschaftliche Inputs wie Düngemittel, Pestizide, Treibstoffe und Elektrizität sind sämtlich abhängig vom Erdöl. Die seit Mitte 2006 registrierte Verdreifachung der Düngemittelpreise sowie die Verdopplung der Treibstoffpreise machte sich besonders bei energieintensiv produzierten Kulturen wie Mais, Weizen, Raps, Soja und Reis bemerkbar (siehe Grafik 8).<sup>43</sup> Ebenso stark reagierten die Transportkosten, etwa die überaus vo-

**Grafik 8: Indizes für Agrarpreise und Inputpreise (Dünger, Rohöl), 2003–2008 (Basis: 2003). Quelle: FAO**



latilen Frachtraten des Seeverkehrs. Weltbank und IWF gehen davon aus, dass die Energiekosten mit 15 bis 20 Prozent an der vergangenen Verteuerung der Nahrungsmittel beteiligt waren.<sup>44</sup>

Hinzu kommt, dass trotz des aktuellen rapiden Preissturzes perspektivisch mit einem höheren Niveau des Erdölpreises gerechnet werden muss. Die freien Förderkapazitäten der OPEC-Staaten, mit denen sie auf Nachfrageimpulse durch rasche Produktionsausweitung reagieren könnten, sind auf niedrigem Stand.<sup>45</sup> Ferner kann die Produktion nur noch zu deutlich höheren Kosten erfolgen als in früheren Jahren, da u.a. die Förderung der nicht-konventionellen Erdölvorkommen (vor allem Ölsande und Schwerstöle) überaus aufwändig ist. Bereits seit 2002 haben sich die Förderkosten pro Barrel Erdöl mehr als verdreifacht.<sup>46</sup>

Die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe macht in ihrer jüngsten Energiestudie darauf aufmerksam, dass sowohl die Erdölreserven als auch die Förderung erstmals seit Jahren leicht sanken. Es sei zu erkennen, dass bei Erdöl als erstem Energierohstoff „eine physische Verknappung absehbar ist“. Zwar könne die Versorgung bei moderatem Verbrauchsanstieg in den nächsten Jahren gewährleistet werden, nach Überschreiten des weltweiten Fördermaximums aber müsse „mit einer Versorgungslücke bei Erdöl gerechnet werden“. Dies betreffe auch das Preisniveau: „Mit wachsendem Anteil von nicht-konventionellem Erdöl werden die Kosten für die Bereitstellung von Erdöl künftig steigen. Damit wird mittel- bis langfristig ein steigender Ölpreis wahrscheinlich.“<sup>47</sup>

## Abgeschmolzen: die Getreidereserven

Nach Auffassung der FAO allerdings hatten die abgeschmolzenen Getreidevorräte eine noch durchschlagendere Wirkung auf die Agrarmärkte: „Der einflussreichste Faktor, der zum Preisschub der Grundnahrungsmittel führte, war das niedrige exportierbare Angebot.“ In wichtigen Exportländern überstieg der wachsende interne Verbrauch die Produktion. Ferner macht die Landwirtschaftsorganisation darauf aufmerksam, dass auch mittelfristig Engpässe drohen, die sowohl das Niveau als auch die Volatilität der Preise erhöhen: „Das steigende Verbrauchsniveau erfordert mehr als eine gute Erntesaison, um eine spürbare Wiederauffüllung der Vorratslager zu erreichen,“ so ihre Warnung.<sup>48</sup>

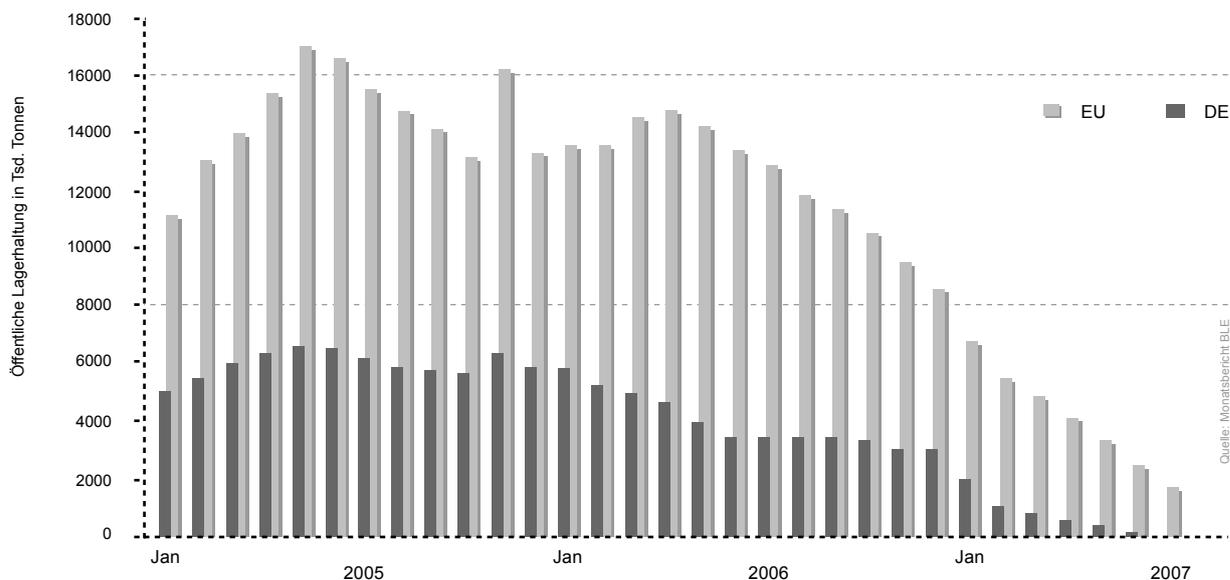
Tatsächlich verringerten sich bereits seit Ende der 80er Jahre die Getreidereserven in den wichtigsten Exportländern, darunter EU, USA, Argentinien, Australien und Kanada. Weltweit hatten die Getreidevorräte – das heißt die Bestände der wichtigsten Grundnahrungsmittel Weizen, Mais und Reis – zuletzt vor 30 Jahren ein solch niedriges Niveau.<sup>49</sup> Die globalen Lagerbestände an Weizen sind die niedrigsten seit 1977. Noch deutlicher schrumpften sie in den USA: Hier erreichten die Weizenvorräte den niedrigsten Stand seit 1947.<sup>50</sup>

Allerdings: Die schwindenden Vorräte sind kein Naturereignis, sondern in der EU und anderswo politisch

gewollt. Seit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 1992 verfolgt die EU-Kommission das Ziel eines Abbaus der Interventionsbestände. Mit Erfolg: Im Jahr 2007 sind die Getreidevorräte weitgehend aufgebraucht (siehe Grafik 9). Künftig will die Kommission ausschließlich in Krisensituationen intervenieren. Nur für eine einzige Getreideart (Weichweizen) will sie noch eine minimale Reserve als „Sicherheitsnetz“ beibehalten. Alle anderen Getreidearten sollen im freien Spiel der Marktkräfte „ihr realistisches Preisniveau finden“.<sup>51</sup>

Dadurch aber entfällt ein wichtiger Puffer gegenüber dem Weltmarkt. Aufgrund der reduzierten Intervention erwartet Agrarforscher Poppinga, „dass die stark schwankenden Weltmarktpreise künftig ungehindert auf die lokalen Märkte durchschlagen.“ Für den Großteil landwirtschaftlicher Betriebe werde dies zum Problem, „denn zum Sprung nach oben gehört auch der freie Fall nach unten.“ Stark schwankende Einnahmen seien weder für Bauern noch für Agrar-genossenschaften verkraftbar. Richtig verstandene Ernährungssicherheit hingegen erfordere eine Agrarpolitik, „die auch in Zeiten unterdurchschnittlicher Ernten und Erträge die Versorgung sicherstellt, und das heißt: die ein gewisses Ausmaß an ‚Überschüssen‘ vorhält.“ Auch sei es nicht zwingend, die Vorräte wie in der Vergangenheit zum Dumping zu missbrau-

**Grafik 9: Interventionsbestände bei Getreide, EU und Deutschland. Quelle: Poppinga.**



chen: „Diese müssen keineswegs zu ständigem Einkommensdruck auf die Bauern benutzt werden“, so der Wissenschaftler.<sup>52</sup>

In der gegenwärtigen Krise aber könnte die notwendige Wiederauffüllung der Getreidereserven für Regierungen, die dies anstreben, überaus schwierig werden: „Angesichts der düsteren Aussichten für die Agrarpreise, der hohen Inputkosten und des erschwerten Zugangs zu Krediten könnten Bauern ihre Pflanzungen einschränken, mit der erneuten Folge eines knapperen Nahrungsangebots,“ so die Befürchtung der FAO.<sup>53</sup> Verharren die Getreidepreise in der Saison 2008/09 auf niedrigem Niveau und beeinträchtigen dadurch die Produktion, sei 2009/10 eine ähnliche starke Verteuerung wie 2007 möglich. Da die Getreidereserven sich auf unverändert niedrigem Niveau befinden und „seit der Phase hoher Lebensmittelpreise nicht wieder aufgefüllt wurden“, müsse

in diesem Fall mit weiteren Versorgungsengpässen gerechnet werden.<sup>54</sup>

Laut FAO signalisieren die gegenwärtig fallenden Preise auch noch keine Entspannung der Nahrungskrise, denn „sie haben wenig zu tun mit einer Erholung des globalen Angebots, sondern sie werden durch eine sinkende Nachfrage nach unten gedrückt.“ Im Zuge der Wirtschaftskrise verschlechtert sich die finanzielle Situation vieler Entwicklungsländer, unter anderem wegen des Kapitalabzugs, der Kreditklemme und geringerer Exporteinnahmen. Dadurch aber fehlen ihnen die Mittel für eine ausreichende Lebensmittelleinfuhr. Soweit der Preissturz bei Agrargütern diese aktuell schrumpfende Nachfrage verschuldeter Entwicklungsländer widerspiegelt, „geht er mit mehr und nicht weniger Armut und Hunger einher“, so die Landwirtschaftsorganisation.<sup>55</sup>

## Abflachend: die Produktivität

Schließlich mehren sich die Anzeichen, dass das landwirtschaftliche Wachstum an Grenzen stößt: In den USA konnte der Kostenanstieg bei Mais, Weizen und Soja nicht mehr durch Ertragszuwächse ausgeglichen werden. Schon seit längerem flacht das Produktivitätswachstum der Landwirtschaft ab. Auch der Klimawandel fordert seinen Tribut. Es wird geschätzt, dass die weltweiten Getreideerträge zwischen 1999

und 2080 merklich schrumpfen könnten, dies allerdings mit erheblichen regionalen Unterschieden. Während die Getreideerträge in manchen Industriestaaten möglicherweise steigen, wird für Entwicklungsländer eine Verminderung um 3,3 bis 7,2 Prozent erwartet, in Südasien sogar um bis zu 22 Prozent. Das einflussreiche International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington dämpft da-

her allzu optimistische Hoffnungen auf den Produktivitätsfortschritt: „Es ist nicht zu erwarten, dass der technologische Wandel die Verluste ausgleichen und die Erträge so weit steigern kann, dass sie mit der steigenden Lebensmittelnachfrage Schritt halten.“<sup>56</sup> Nach den Schätzungen des UN-Klimarates IPCC (International Panel on Climate Change) hängen die Folgen des Klimawandels für die landwirtschaftliche Produktivität wesentlich vom Anstieg der lokalen Temperaturen in diesem Jahrhundert ab. Steigen sie um ein bis drei Grad könnte es in den gemäßigten Zonen zu einem leichten Produktivitätsanstieg kommen. In tropischen und trockenen Gebieten führt dagegen bereits ein geringerer Temperaturanstieg von ein bis zwei Grad zu erheblichen Verlusten, verschärft noch durch eine Zunahme extremer Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen. Kleinbauern, Subsistenzbauern und Hirten wären besonders

betroffen. Oberhalb einer Erwärmung von drei Grad könnte es schließlich auch in gemäßigten Zonen zu Verlusten kommen.

Der Klimarat geht von einer breiten Spanne des möglichen globalen Temperaturanstiegs von 1,1 bis 6,4 Grad in diesem Jahrhundert aus. Aufgrund der unverändert hohen Emissionen von Klimagasen steigt derzeit allerdings das Risiko, dass sich die Temperatur auf das obere Ende zubewegt. Damit erhöht sich ebenfalls das Risiko einer beschleunigten Verknappung lokaler Süßwasservorkommen, etwa durch verminderte Niederschläge oder abschmelzende Gletscher. Auch dies bedroht die Landwirtschaft, auf die 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs entfällt. Zugleich verschärft sich die Konkurrenz um das knappe Gut: Landwirtschaft, Industrie und Städte graben sich förmlich gegenseitig das Wasser ab.<sup>57</sup>

## Ein neuer Konsument: Biosprit

Zeitgleich mit dem Rohstoffboom trat auch der Biosprit als neuer Nachfrager auf den Agrarmärkten auf. Er versprach einen klimafreundlichen Ersatz für die fossilen Treibstoffe, größere Energiesicherheit und neue Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Immer größere Mengen an Nahrungs- und Futterpflanzen werden seither zu Ethanol oder Biodiesel verflüssigt. Die Rohstoffbasis des Ethanols bilden diverse zucker- oder stärkehaltige Kulturen wie Zuckerrohr, Zuckerrüben, Weizen, Mais oder Maniok. Biodiesel hingegen wird durch die Veresterung von Pflanzenöl erzeugt.

Der Löwenanteil des Pflanzensprits entfällt derzeit mit 85 Prozent auf Ethanol. Die weltweite Produktionsmenge belief sich 2007 auf 52 Milliarden Liter, Biodiesel kam auf 10 Milliarden Liter – beides mit stark steigender Tendenz. Die USA und Brasilien vereinigen 90 Prozent der Ethanolproduktion auf sich. Bevorzugter Rohstoff in den USA ist Mais, in Brasilien Zuckerrohr. Rund 60 Prozent des Biodiesels wird in der EU hergestellt, hier hauptsächlich aus den Ölen von Raps, Soja, Sonnenblumen und Palmen.<sup>58</sup>

Überlebensfähig ist diese neue Branche allerdings nur durch ein Füllhorn staatlicher Maßnahmen. Obligatorische Beimischungsquoten, Steuererleichterungen und verschiedene Subventionen erzeugen eine

garantierte Nachfrage und die nötige Wettbewerbsfähigkeit gegenüber fossilen Kraftstoffen. Sie schirmen die Hersteller gegen Marktrisiken ab, vor allem einen sinkenden Erdölpreis und steigende Energiepflanzenpreise. Diese staatliche Fürsorge puffert den Agrospritsektor nun auch gegen die Folgen der Wirtschaftskrise ab, etwa den sinkenden Energieverbrauch oder die erschwerten Kreditkonditionen. Wie nach allen Wirtschaftskrisen aber ist eine zunehmende Konzentration auch in dieser Branche nicht auszuschließen.

Die USA setzten im Jahr 2005 mit dem Renewable Fuel Standard eine verpflichtende Beimischung von Ethanol zu fossilem Benzin fest. Trotz mancher Proteste von Seiten der Lebensmittelindustrie wurde die Beimischungsquote 2007 im „Energy Independence and Security Act“ drastisch heraufgesetzt. Danach sind 9 Milliarden Gallonen<sup>59</sup> Biosprit im Jahr 2008 beizumischen. Bis zum Jahr 2022 soll diese Quote auf 36 Milliarden Gallonen steigen. Bisher erfolgt die Ethanolproduktion fast ausschließlich auf Basis von Mais. Bis 2015 darf der Anteil von Maisbenzin weiter steigen, auf dann 15 Milliarden Gallonen. Ergänzend wollen die USA den Anteil sogenannter fortgeschrittener Biotreibstoffe erhöhen, vor allem Zelluloseethanol und Biodiesel.<sup>60</sup> Zusätzlich gewährt

die US-Regierung großzügige Steuererleichterungen und subventioniert zahlreiche Beihilfe- und Kreditprogramme. Die gesamte staatliche Unterstützung wird allein für das Jahr 2006 auf 6,3 Milliarden Dollar geschätzt. Die USA subventionieren jeden Liter Ethanol durchschnittlich mit 28 US-Cents, jeden Liter Biodiesel mit 55 US-Cents.<sup>61</sup>

In der Europäischen Union soll der Pflanzensprit bis 2010 einen Anteil von 5,75 Prozent am gesamten Treibstoffverbrauch erreichen. Dieses Ziel wurde bereits 2003 gesetzlich festgelegt. Trotz der Nahrungskrise aber plant die EU eine deutliche Erhöhung der Beimischung: Bis 2020 soll die Quote auf 10 Prozent steigen.<sup>62</sup> Derzeit liegt der Agrospritanteil in der EU lediglich bei rund einem Prozent.

Zusätzlich kommen auch die europäischen Hersteller in den Genuss zahlreicher Subventionen, die für 2006 auf 3,7 Milliarden € geschätzt wurden. Jeder Liter Ethanol wird in der EU mit durchschnittlich 74 Cents, jeder Liter Biodiesel mit 50 Cents subventioniert.<sup>63</sup> Ähnlich ambitionierte Ausbauziele formulierten viele weitere Regierungen, darunter immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer, die hoffen, die internationale Nachfrage bedienen zu können.

Die obligatorischen Beimischungen hinterlassen erhebliche Spuren. Die USA verflüssigen 2008 über 30 Prozent der Maisernte zu Ethanol. Im Jahr 2000 lag dieser Anteil noch bei 6 Prozent.<sup>64</sup> Gleichwohl entspricht die diesjährige Maisbenzin-Produktion erst etwas mehr als der Hälfte der bis 2015 zu erfüllenden Beimischungsmenge. Entsprechend wird die Maisnachfrage auch in den kommenden Jahren kontinuierlich wachsen. Dieser Trend macht sich unmittelbar auf dem Weltmarkt bemerkbar, da die USA ein Drittel der weltweiten Mais-Produktion und zwei Drittel der Exporte auf sich vereinigen. 11 Prozent der globalen Maisernte wandert bereits in den Tank.<sup>65</sup>

Ähnlich deutlich ist die Entwicklung in der Europäischen Union, wo 6,1 Millionen Tonnen Pflanzenöl 2007 zu Biodiesel verarbeitet wurden. 2001 betrug diese Menge noch eine Million Tonnen. Allein 60 Prozent der Raps-Ernte macht sich hier auf den Weg zur Zapfsäule. Die hiesigen Ernten reichen jedoch schon längst nicht mehr aus. Zwischen 2000 und 2007 erhöhten sich die Pflanzenölimporte in der EU von 4,4 auf 6,9 Millionen Tonnen. 7 Prozent der globalen Pflanzenölproduktion landet mittlerweile in Biodieselfabriken.<sup>66</sup>

## Bieterschlacht um Land

Der Nachfrageschock löste eine regelrechte „Bieterschlacht um verfügbare Agrarflächen“ aus, so ein Forschungsbericht des US-Kongresses.<sup>67</sup> Die Flächenkonkurrenz spielte sich im globalen Maßstab ab und wirkte wie ein Transmissionsriemen der Preisinflation. In den USA vergrößerte sich die Maisanbaufläche 2007 um 23 Prozent, verminderte dadurch aber die Sojafelder um 16 Prozent. Die niedrigere Sojaernte wiederum trug zu der 75-prozentigen Preissteigerung von Sojabohnen zwischen April 2007 und April 2008 bei.

Während in den USA der Mais der Soja den Platz streitig machte, musste in der EU, um Biodieselfabriken zu füttern, der Weizen den Ölsaaten weichen. Diese Verdrängung erfolgte noch in weiteren Ländern, etwa in Argentinien, Kanada, Russland und der Ukraine. Die acht größten Weizenexporteure vergrößerten die Raps-, Soja- und Sonnenblumenfelder zwischen 2001 und 2007 um 36 Prozent, während ihre Weizenfelder um ein Prozent schrumpften. Nach

Weltbank-Berechnungen hätte das Produktionspotenzial dieser Fläche (rund 8,4 Millionen Hektar) ausgereicht, um das drastische Abschmelzen der globalen Weizenvorräte zu vermeiden. Hätten die Landwirte auf diesen Feldern Weizen anstelle von Ölsaaten gepflanzt, „wären die Weizenvorräte 2007 annähernd genauso groß wie in 2001“.<sup>68</sup>

Die Weltbank schlussfolgert, dass zwar mehrere Faktoren zum Anstieg der Lebensmittelpreise beitrugen, „der wichtigste aber war die große Zunahme der Bio-kraftstoffproduktion aus Getreide und Ölsaaten in den USA und der EU.“<sup>69</sup> 70 bis 75 Prozent der Verteuerung zwischen Januar 2002 und Juni 2008 geht danach auf das Konto des Agrosprits und der von ihm ausgelösten Konsequenzen: niedrige Getreidevorräte, großflächige Landnutzungsänderungen, ‚Spekulation‘ auf den Rohstoffmärkten sowie die von manchen Regierungen verhängten Exportstopps, um die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Die restlichen 25 bis 30 Prozent des Preisanstiegs

kommen demnach durch die höheren Energiekosten und den schwächeren Dollarkurs zustande. Da der Welthandel überwiegend auf Dollarbasis abgerechnet wird, erhöhen Agrarhändler die Preise, um den Kursverlust auszugleichen.

Gleichwohl bleibt das Motiv der Weltbank-Analyse ein freihändlerisches. „Subventionen, Beimischungsziele und Importzölle“ sind ihr Stein des Anstoßes, denn diese verzerren die Marktpreise: „Biotreibstoffproduktion aus Zuckerrohr in Brasilien ist kostengünstiger als die Biospritherstellung in den USA oder der EU.“ Die Beseitigung der Importzölle und der Abbau der Subventionen würde „Brasilien und anderen Entwicklungsländern, etwa afrikanischen Staaten, eine profitable Ethanolproduktion für den Export erlauben, um die Quoten in den USA und der EU zu erfüllen.“<sup>70</sup>

Obleich die Weltbank also dem Biosprit einen sehr hohen Einfluss auf die Agrarpreise attestiert, bleibt ihr Ziel die Expansion agroenergetischer Cash Crops – nur eben der kostengünstigsten. Gleichgültig ist sie jedoch gegenüber der Produktionsweise, die dieser Massenmarkt diktiert: monokulturelle Landwirtschaft auf großen Flächen mit den besten Böden. Der Konflikt dieses Modells mit der Ernährungssicherheit, etwa die Verdrängung von Kleinbauern und Nahrungsmittelanbau, spielt bei ihrer Fixierung auf die „handelsverzerrende“ Protektion keine Rolle. Zugleich werden die Berichte über diesbezügliche Landkonflikte immer zahlreicher, seien es expandierende Zuckerrohrfelder in Brasilien, Nigeria und Tansania, die Ölpalmonokulturen in Indonesien, Malaysia und Kolumbien oder die *Jatropha*-Plantagen in Indien, Ghana und Sambia.<sup>71</sup>

## Die üblichen Verdächtigen: Finanzanleger

Auf großen Widerhall stieß die These, die „spekulativen“ Investments von Finanzanlegern seien für die vergangene Hausse der Agrarpreise verantwortlich. Mit Verweis auf die noch immer wachsende globale Nahrungsmittelproduktion meinte etwa der Ökonom Stephan Schulmeister: „Nicht die ‚Fundamentalfaktoren‘, sondern Spekulationen auf den Termin(derivat)märkten sind die Triebkräfte des Rohstoffpreisanstiegs: Seit Anfang 2005 stiegen hier die Transaktionen auf das Dreifache.“<sup>72</sup> Auch wenn sich diese These einer breiten Anhängerschaft erfreut, ist sie dennoch fragwürdig und durchaus umstritten. Ein Blick in die USA mag dies verdeutlichen.

Nachdem auch US-Verbraucher den Preisanstieg an der Zapfsäule und im Supermarkt zu spüren bekamen, luden Kongressabgeordnete zu einer Reihe von Anhörungen, um sich von „Experten“ über Ursachen und Gegenmaßnahmen aufklären zu lassen. Zum Star avancierte der Hedge-Fonds-Manager Michael Masters, dessen Firma Masters Capital Management ihren Sitz in der karibischen Steueroase Virgin Islands hat. Masters versicherte den Abgeordneten, er würde „weder irgendein Unternehmen noch Finanz- oder Lobbyorganisationen“ repräsentieren. Er spreche lediglich als „besorgter Bürger“.<sup>73</sup>

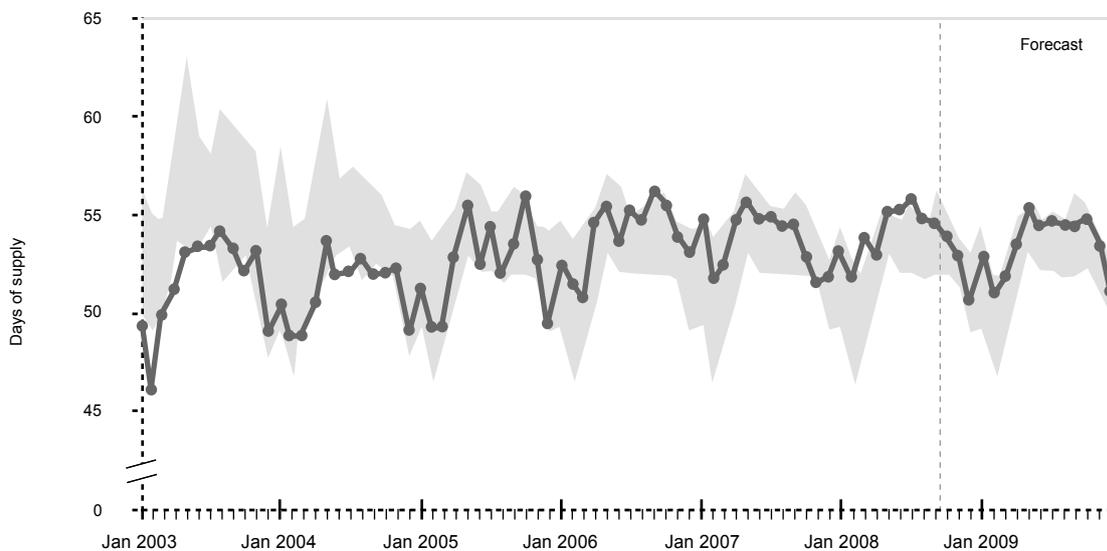
Der besorgte Hedge-Fonds-Manager machte den Vormarsch institutioneller Investoren an den Terminmär-

ten (v.a. Pensions- und Investmentfonds) als Urheber des Preisübels aus. Da sich ihre Investitionsstrategie an Rohstoff-Indizes<sup>74</sup> orientiert, titulierte Masters sie als „Index-Spekulanten“. Mit dem einzigen Zweck, einen „spekulativen Profit“ zu erzielen, würden sie Futures kaufen und „virtuelle Hortung“ wichtiger Güter betreiben. Sie hätten das Äquivalent von 1,1 Milliarden Barrel Erdöl eingelagert und säßen auf einem Berg von Mais-Futures, mit dem die gesamte US-Ethanolindustrie ein Jahr befeuert werden könne.

Populistisch fragte Masters: „Warum gibt es keine Empörung, wenn Amerikaner erheblich mehr bezahlen müssen, um ihre Familien zu ernähren, ihre Autos zu betanken und ihre Häuser zu heizen?“ Damit die Rohstoffpreise wieder sinken, müssten aufsichtsrechtliche Lächer gestopft werden, durch die „Index-Spekulanten“ schlüpfen und ungebührlich hohe Positionen an den Terminbörsen erwerben.<sup>75</sup>

Während den Abgeordneten das Gehörte gefiel, murrten manche Ökonomen. Sie monierten, dass eine Korrelation noch keine Kausalität darstellt. Die gestiegenen Investitionen in Rohstoff-Futures müssen noch lange nicht die Ursache für den Preisanstieg sein. Auch der Nobelpreisträger Paul Krugman staunte über die „bizarre Behauptung, die Wette auf einen höheren Preis für Öl – dies bedeutet der Kauf eines Futures – sei das Gleiche, wie das Zeug zu verbrennen.“<sup>76</sup>

**Grafik 10: Bestand kommerzieller Erdöllager OECD-Staaten (in Tagen). Quelle: US Energy Information Administration**



Krugman vermag keine überzeugenden Anzeichen dafür zu erblicken, dass der mehrjährige Preisanstieg des Erdöls – von 2002 bis Mitte 2008 – mit Spekulation erklärt werden könne. Denn üblicherweise reagiert die reale Welt auf derart deutliche Preissignale: Konsumenten sparen beim Energieverbrauch und Förderländer erhöhen die Produktion, sodass das höhere Angebot wieder preissenkend wirkt.

Die einzige Möglichkeit für „Spekulanten“, diese Marktreaktion über eine längere Frist aufzuhalten, besteht laut Krugman darin, das Erdölangebot durch „physische Hortung“ zu verknappen. Der Kauf von Futures würde also nur dann zu einer solchen Verknappung beitragen, wenn der steigende Futures-Preis Ölproduzenten oder –verbraucher dazu bringt, das Erdöl in Erwartung einer weiteren Verteuerung zu bunkern. In diesem Fall erhöht die „physische Hortung“ den Spot-Preis, das heißt den Preis, zu dem der Rohstoff an den Börsen real getauscht wird. Anders als nach dem Ölpreis-Schock der 70er Jahre fehlen bei der ver-

gangenen Hausse aber hinreichende Belege für Hortung oder Panikkäufe.<sup>77</sup>

Tatsächlich wiesen die Erdöllager in den USA und den übrigen OECD-Staaten trotz der Verteuerung konstant niedrige Bestände auf (siehe Grafik 10). Noch weniger als beim Erdöl lässt sich bei Agrarprodukten eine für die internationalen Märkte relevante Hortung feststellen. Im Gegenteil: Die Lagerbestände von Getreide schrumpften nicht nur in den USA, sondern weltweit (siehe Grafik 11).

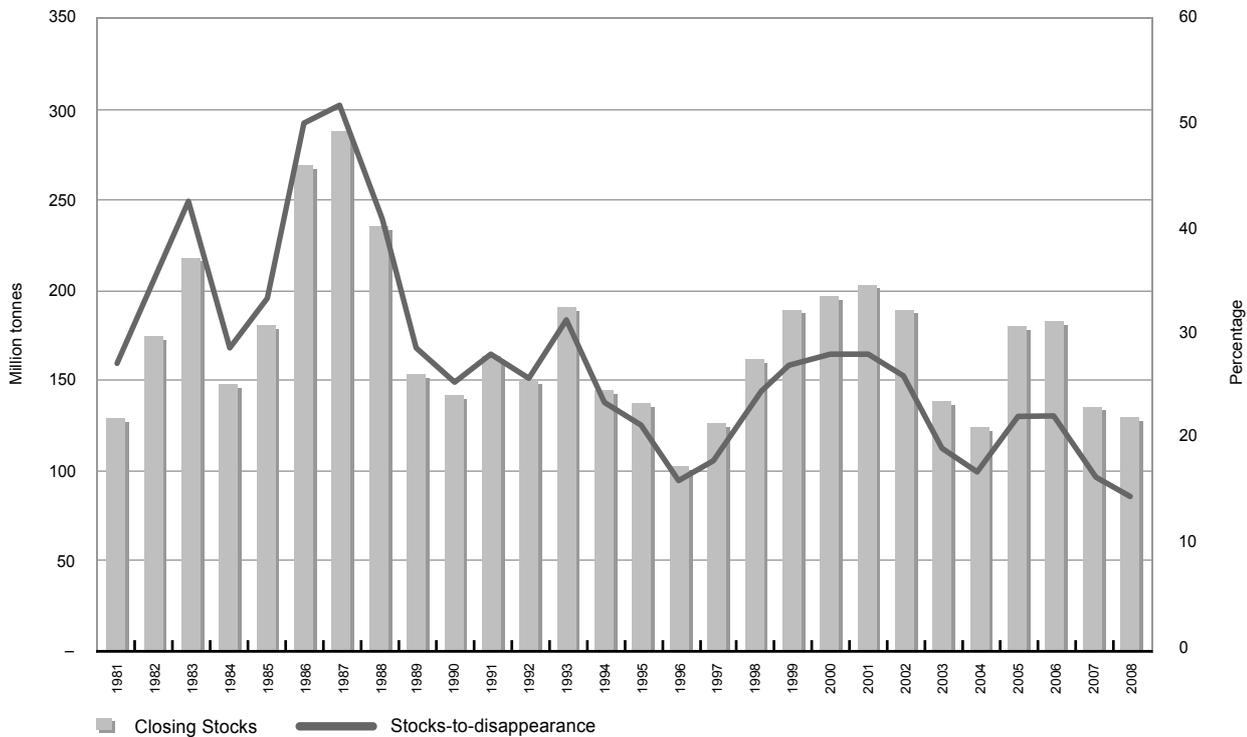
Dieser Befund schließt nicht aus, dass Händler in einzelnen Ländern in Erwartung weiterer Preissteigerungen Getreide zurückgehalten haben. Das aber ist ein ständig zu beobachtendes lokal begrenztes Phänomen bei Versorgungsengpässen. Eine längerfristige, im globalen Maßstab relevante Hortung hingegen lässt sich mit den verfügbaren Daten bisher offenbar nicht belegen. Vielmehr haben sich die physischen Nahrungsmittelvorräte weltweit seit Ende der 80er Jahre erheblich vermindert.

## Das Verbot der Zwiebel-Futures

Hinzu kommt, dass sich auch Rohstoffe verteuerten, für die kein Futures-Markt existiert, zum Beispiel Zwiebeln. Ende der 50er Jahre gab es ebenfalls eine Phase hoher Volatilität. Nach lebhaften Debatten verabschiedete der US-Kongress 1958 den Onion

Futures Act, der Zwiebeln bis heute vom Futures-Handel ausschließt. Dies führte jedoch keineswegs zu einer Abkopplung von dem allgemeinen Trend: Zwischen 2000 und Mitte 2008 stieg der Zwiebelpreis um 420 Prozent. Die Preise mancher metalli-

**Grafik 11: Getreidereserven der wichtigsten Exportländer. Quelle: IFAD**



scher Rohstoffe, die wie Chrom, Molybdän und Stahl ebenfalls nicht an Börsen gehandelt werden, stiegen sogar noch stärker als jene der börsengehandelten Metalle Aluminium und Kupfer. Ebenso verteuerten sich auch Rohstoffe, für die noch keine entwickelten internationalen Futures-Märkte existieren und die offenbar nur geringe „spekulative“ Anlagegelder anzogen, etwa Reis oder Eisenerz.<sup>78</sup>

Nachdem die US-Aufsichtsbehörde für den Futures-Handel CFTC im Zuge der Kongressanhörungen in die Kritik geriet, führte sie eine Untersuchung über die Rolle der institutionellen Investoren an den börslichen und außerbörslichen Rohstoffmärkten durch. Indes konnte auch sie keine überzeugenden Nachweise dafür finden, dass diese Akteure ursächlich für die Verteuerung waren. Vielmehr zeigte sich im Fall von Erdöl und Mais, dass die Spotpreise in der ersten Hälfte 2008 kontinuierlich stiegen, obgleich die betreffenden Derivatverträge über mehrere Monate schrumpften. Trotzdem weniger Geld „spekulativ“ investiert wurde, kletterten die Erdöl- und Maispreise unverändert weiter in die Höhe.<sup>79</sup>

Aber nicht nur in den USA mangelt es bisher an überzeugender Empirie. Aufgrund von Preisinflation verbot die indische Regierung bereits 2007 den Futures-Handel mit Reis, Weizen und zwei Hülsenfrüchten. Im Mai 2008 dehnte sie das befristete Verbot auf Sojaöl, Kautschuk, Kichererbsen und Kartoffeln aus. Gleichwohl konnte eine Untersuchungskommission „keine schlüssige Kausalbeziehung“ zwischen dem Futures-Handel und dem Anstieg der Spotpreise feststellen. Hierfür war zum einen die Frist seit der vollständigen Liberalisierung der Futures-Märkte im Jahr 2003 zu kurz und zum anderen die Komplexität zu hoch, „weil eine Vielfalt von Variablen die Spotpreise beeinflusst.“<sup>80</sup>

Daher betrachten indische Regierungsvertreter das begrenzte Futures-Verbot eher als Test, um herauszufinden, „ob es überhaupt irgendeinen Einfluss auf die Inflation hat.“<sup>81</sup> Viele bezweifeln, dass das Verbot die Preise beeinflussen kann. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage halten sie für relevanter: „Wenn ein Rohstoff knapp ist, steigt sein Preis – gleichgültig, ob er an einer Börse gehandelt wird oder nicht“, so ein verantwortlicher Beamter.<sup>82</sup>

## Ethanolmafia kontra „Spekulation“

Trotz der düftigen Empirie behaupten auch manche Regierungen, Spekulation sei die Triebkraft des vergangenen Rohstoffbooms. Nicht zu Unrecht stellte Paul Krugman daher die Frage: „Warum schieben Politiker die Schuld für die Ölpreise so gern auf Spekulanten ab?“ Seine Vermutung: Sie möchten glauben, dass eine Anpassung an teures Öl unnötig ist. Wenn nur die Wall-Street-Firmen von der exzessiven Spekulation abließen, so ihre Annahme, könne die gute alte Zeit des Ölreichtums wiederkehren. Für Krugman aber lenkt die hyperventilierende Spekulationsdebatte nur von der Notwendigkeit einschneidender Energiesparmaßnahmen ab. Zwar sei es „keine schlechte Idee“ die Futures-Märkte strenger zu kontrollieren, „aber dies wird die Tage des billigen Öls nicht zurückbringen.“<sup>83</sup>

Ein Blick in das Milieu der lautstärksten Spekulationskritiker bestätigt Krugmans Verdacht. So finden sich im Portfolio von Michael Masters' Hedge-Fonds zahlreiche Aktien-Optionen des Autobauers General Motors und mehrerer Fluglinien (u.a. American Airlines, United Airlines und Delta Airlines).<sup>84</sup> All diese Konzerne sind nicht nur stark vom Erdöl abhängig, sondern auch von potenziellen staatlichen Energiesparmaßnahmen betroffen, etwa höheren Benzin- oder Kerosinsteuern.

Damit der Kongress gegen die „exzessive Spekulation“ institutioneller Investoren vorgeht, formierten sich Lobbygruppen der Erdöl-, Verkehrs- und Agrarindustrie. Die großen US-Fluglinien sowie Speditionen und Ölhändler schlossen sich zu der Koalition „Stop Oil Speculation Now“ zusammen. Diese Koalition meint ebenfalls, „Spekulanten“ seien für den „dramatischen Preisanstieg“ verantwortlich, unter dem „amerikanische Verbraucher und Unternehmen“ zu leiden hätten.<sup>85</sup>

Ebenso ziehen die Verbände der Agrarlobby an einem Strang, um den Kongress zu Maßnahmen gegen „Index-Spekulanten“ zu bewegen. Bei einer Anhörung schilderte ein Vertreter der National Corn Growers

Association die Sorge der Maisbauern vor einer platzenden Rohstoffblase und fügte hinzu: „Diese Blase wurde nicht durch Ethanol verursacht. Vielmehr entstand sie bei allen Rohstoffen, nicht nur Mais, aufgrund einer dramatischen Vermehrung nicht-traditioneller Investoren, besonders Index- und Hedge-Fonds sowie Swap-Händler.“<sup>86</sup>

Der Präsident der National Farmers Union, Tom Buis, versuchte nachzuweisen, dass Maisethanol an der Rohstoff-Hausse nicht nur unschuldig sei, sondern sogar preisdämpfend wirke. Dazu verwies er auf Schätzungen der Investmentbank Merrill Lynch, nach denen der Biosprit den Preis einer Gallone Benzin mittlerweile um 15 Prozent absenke: „Der durchschnittliche Preis pro Gallone würde ohne Biotreibstoffe um 50 US-Cents steigen, von 3,39 \$ auf 3,89 \$“.<sup>87</sup>

Zwar ließ der Bauern-Präsident die üppigen Ethanolsubventionen unerwähnt, verdeutlichte mit seinem Rechenbeispiel aber das wesentliche Interesse an den Agrotreibstoffen: Durch die Ethanolbeimischung lässt sich nicht nur das fossile Benzin strecken, sondern auch die erdölabhängige Produktions- und Konsumweise verlängern. Die Energie-Farmer sind, wie der gesamte Biosprit-Komplex, nicht nur von den staatlichen Beihilfen, sondern auch von den Vertriebs- und Verbrauchsstrukturen der fossilen Treibstoffe abhängig.

Damit die Politik aber nicht an Beimischungsquoten und Subventionen rüttelt oder gar die Treibstoffsteuern erhöht, serviert man ihr einen attraktiven Sündenbock für den Preisanstieg: die „Spekulanten“. Die haben ohnehin einen miserablen Leumund und ramponierten ihr Image im Verlauf der Finanzkrise nur noch weiter. Diese Strategie ist schlicht, aber offensichtlich effektiv: Zufrieden vermerkt die Renewable Fuels Association, der einflussreiche Lobbyverband der US-Ethanolindustrie, dass Barack Obama über den gesamten Wahlkampf felsenfest hinter der steigenden Biosprit-Quote stand.<sup>88</sup>

## Die Mär vom nützlichen Hedging

Indes haben all diese Spekulationskritiker kein grundsätzliches Problem mit den Rohstoffbörsen. Durchgehend beteuern sie die als segensreich empfundenen Serviceleistungen, besonders das Risikomanagement.

Es gehe folglich nur darum, die Effizienz der Terminmärkte gegen Missbrauch und Manipulation zu verteidigen. Nach Meinung der National Corn Growers Association besteht die Herausforderung darin, „die

Effizienz bei Preisfindung und Risikomanagement wiederherzustellen, ohne die Offenheit und Liquidität der Märkte zu gefährden.“<sup>89</sup> Ebenso setzt sich die National Farmers Union für einen „ordnungsgemäß funktionierenden und regulierten Futures-Markt“ ein.<sup>90</sup>

Auch betonen die Börsenanhänger stets die grundsätzlich sinnvolle Rolle, die „kommerzielle“ und „nicht-kommerzielle“ Marktteilnehmer spielen. Die „kommerziellen“ Teilnehmer, also Anbieter und Nachfrager landwirtschaftlicher Rohstoffe (Höfe, Agrarhandel, Futterbetriebe, Nahrungsmittelindustrie), können sich gegen das Preisrisiko auf den Spotmärkten absichern, weil „nicht-kommerzielle“ Teilnehmer wie Banken oder Derivate-Händler die nötige Liquidität an den Rohstoffbörsen bereitstellen.

Diese für Produktion und Handel nützliche Absicherungsfunktion (das sogenannte „Hedging“) dürfe lediglich nicht durch „Spekulanten“ gestört werden, die

hohe Investitionen an den Terminbörsen tätigen und dadurch die Futures-Preise auf ein Niveau treiben, das nicht mehr durch die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf den Spotmärkten gerechtfertigt sei. Regulierung müsse dafür sorgen, dass die „Konvergenz von Futures- und Spotmärkten“ gewahrt bleibt.<sup>91</sup>

Durch die ideologische Trennung in „nützliches Hedging“ und „schädliche Spekulation“ bleibt die Produktionsweise, die die Börsen fördern, unhinterfragt. Auch die internationalen Entwicklungsorganisationen sprechen sich nun für eine Stärkung der Aufsicht und die Eindämmung „exzessiver Spekulation“ aus. Ihr Motiv aber ist es, Börsen und Derivate aus der Schusslinie zu schaffen, denn diese Instrumente werden noch gebraucht: Sie sollen die weltmarktorientierte Hochleistungslandwirtschaft gegen die aufkeimenden Ansätze einer besseren Selbstversorgung verteidigen.

## Virtuelle Antworten auf realen Hunger

Offensiv bringt etwa die von den Vereinten Nationen eingesetzte „High-Level Task Force zur globalen Nahrungskrise“ Terminmärkte als Alternative zum Aufbau physischer Nahrungsmittelreserven in Stellung. Sie warnt die betroffenen Entwicklungsländer davor, wieder selbst eigene Nahrungsmittelvorräte anzulegen. Dies würde die Märkte unter Druck setzen und zu weiteren Preissteigerungen führen. Zudem sei das Management eigener Reserven „mit signifikanten Kosten und Komplexitäten“ verbunden, „besonders wenn dies vom öffentlichen Sektor übernommen wird.“<sup>92</sup>

Stattdessen entstünden immer mehr „Finanzinstrumente, die Länder zu weitaus niedrigeren Kosten helfen können als bei Vorhaltung physischer Vorräte“. Selbst die ärmsten Länder sollen dazu gebracht werden, ihre Ernährungssicherheit auf die Finanzmärkte zu stützen. Die UN-Task Force fordert die internationalen Finanzinstitutionen auf, vermehrt Pilotprojekte durchzuführen, „welche die Niedrigeinkommensländer mit Futures- und Optionsmärkten, Rohstoffbörsen und wetterbasierten Anleihe- und Rückversicherungsmärkten verbinden“.<sup>93</sup>

Auch das International Food Policy Research Institute (IFPRI) will die Nahrungsdefizit-Länder davon

abhalten, wieder „nationale Reserven“ aufzubauen und „Selbstversorgungspolitiken für Ernährungssicherheit“ zu verfolgen. Zwar seien diese Reaktionen angesichts der Preisvolatilität verständlich, würden aber „enorme Effizienzverluste“ verursachen, da sie „den Fluss der Preissignale zu den Bauern unterminieren“.<sup>94</sup>

Der „freie Fluss von Preissignalen“ ist ein Dogma konservativer Agrarökonomien. Folgende Annahme liegt ihm zugrunde: Werden steigende Preise nicht durch staatliche Politik, etwa die Freigabe öffentlicher Getreidereserven, unterlaufen, stimulieren sie Landwirte zur Erhöhung der Produktion und sorgen dadurch wieder für eine preissenkende Ausweitung des Angebots. Was bei steigenden Preisen noch als Instrument zugunsten bäuerlicher Landwirtschaft darstellbar ist (vorausgesetzt, höhere Preise kommen bei den Erzeugern an, s.o.), verkehrt sich spätestens bei fallenden Preisen in das Gegenteil: Weil diese ebenso frei fließen sollen, sind sie ein effektiver Hebel für Höfesterben und Besitzkonzentration.

Damit die Preise nun also möglichst ungehindert auf den Höfen ankommen, polemisiert das IFPRI gegen den Aufbau nationaler Getreidereserven und unterbreitet einen Alternativvorschlag. Um sich dennoch

gegen extreme Preisschocks und „exzessive Spekulation“ schützen zu können, sei die Einrichtung einer „virtuellen Reserve“ sinnvoller. Mehrere Länder sollen dazu in einen Fonds einzahlen, der im Fall eines erneuten hohen Anstiegs der Spotpreise Interventionen an den Rohstoffbörsen ermöglicht. Mit den Mitteln des Fonds könne dann eine größere Zahl von Futures-Verträgen gekauft werden, die zu einer künftigen Getreidelieferung unterhalb des jeweiligen Spotpreises verpflichten und dadurch wieder zu einer Preissenkung beitragen.

Durch die konzertierte Intervention an den Futures-Märkten ließe sich der Spotpreis von Getreide soweit stabilisieren, dass er innerhalb eines von den beteiligten Staaten zu definierenden dynamischen Preiskorridors verbleiben könne. Dies würde „die Märkte beruhigen“ und „spekulative Attacken minimieren“.<sup>95</sup> Der IFPRI-Vorschlag hat weite Kreise gezogen: Bei ihrem Gipfel im japanischen Hokkaido beschlossen die G8, die Einrichtung eines „virtuellen, international koordinierten Reservesystems“ zu prüfen.<sup>96</sup>

## Misstrauen in den Weltmarkt

Mit all diesen Vorschlägen zur Nutzung von Rohstoffbörsen und Finanzderivaten wollen internationale Organisationen eine politische Trendwende verhindern, die die Selbstversorgungsfähigkeit der Nahrungsdefizit-Länder verbessern könnte.

Der Chefökonom der Weltbank, Justin Lin, verweist auf das Phänomen, welches Neoliberale derzeit erheblich beunruhigt – das erschütterte Vertrauen in den Weltmarkt: „Das Endergebnis der jüngsten Krise ist der Zusammenbruch des Vertrauens in den internationalen Getreidemarkt. Nun versuchen viele Länder, ihre Selbstversorgung mit Getreide zu erreichen und ihre eigenen öffentlichen Reserven wieder aufzubauen.“ Da dies aber zu einem „sehr ineffizienten globalen Produktionssystem“ führe, müsse stattdessen die Antwort aller Länder koordiniert und „das Vertrauen in den internationalen Getreidemarkt wiederhergestellt werden“.<sup>97</sup>

Ebenso sorgt sich die High-Level Task Force der Vereinten Nationen nicht einfach um die Hungernden, sondern um den Weltmarkt: „Die gegenwärtige Nahrungskrise bedroht ebenfalls den größeren internationalen Nahrungsmittelmarkt“, so die Warnung ihres Aktionsplans. „Die Reduktion der nationalen

Getreidevorräte in den vergangenen Jahren war das Ergebnis eines wachsenden Vertrauens, dass die Preise relativ stabil bleiben und der Welthandel es im Bedarfsfall erlauben würde, rasch Getreide auf den internationalen Märkten zu erwerben.“ Dieses Vertrauen sei nun unterminiert worden.<sup>98</sup>

Weil die von der Preisinflation betroffenen Länder „eine Refokussierung auf nationale Nahrungsmittelselbstversorgung erwägen“, könne dies das internationale Handelssystem bedrohen. Genau um das zu verhindern, propagiert auch die UN-Task Force globale oder regionale Vereinbarungen über „virtuelle“ Getreidereserven. Diese würden in den Defizitländern das Vertrauen erhöhen, „im Fall zukünftiger Krisen umgehend ihren drängenden Bedarf decken zu können.“<sup>99</sup>

Diese „virtuellen“ Antworten auf die überaus reale Nahrungskrise haben bisher nur sehr vereinzelt Kritik hervorgerufen. So weist der US-Agrarforscher Darryl E. Ray darauf hin, dass der Vorschlag der „virtuellen Getreidereserve“ zum einen möglicherweise illegal ist, da er auf eine staatliche Manipulation der Futures-Preise hinausläuft. Zum anderen aber, und dies ist der entscheidende Punkt, „macht er kein einziges zusätzliches Getreidekorn auf dem Markt verfügbar“.<sup>100</sup>

## Angriff auf Kornspeicher

Ähnlich wie die EU-Kommission (siehe oben) fordern auch internationale Organisationen, dass öffentliche physische Vorräte, wenn überhaupt, dann nur in minimalen Mengen und ausschließlich für den Fall extremer Versorgungsengpässe angelegt werden. Das IFPRI

schlägt vor, ergänzend zu der „virtuellen Getreidereserve“, lediglich eine bescheidene Notfallreserve von fünf Prozent der gegenwärtigen Nahrungsmittelhilfe einzurichten. Sie würde von der Gruppe der G8 und fünf Schwellenländern finanziert, vom UN-Welternährungs-

programm verwaltet und in wenigen strategisch ausgewählten Orten vorgehalten werden. Diese Getreidereserve solle „exklusiv für Notfälle und humanitäre Hilfe“ genutzt werden.<sup>101</sup> Mit ähnlich reduzierten Vorschlägen warten Weltbank und die UN-Task-Force auf.

Systematisch dagegen lehnen diese Organisationen öffentliche Interventions- und Verteilungssysteme ab, die für kleinbäuerliche Produzenten von Grundnahrungsmitteln einen stabilen Absatz und für Verbraucher erschwingliche Preise sichern könnten. Derartige Systeme existierten in vielen Ländern des Südens, sind aber im Zuge neoliberaler Strukturanpassungen zerstört oder erheblich geschwächt worden.

Wo diese öffentlichen Institutionen funktionierten, vermochten sie eine Verschärfung der Nahrungskrise, wie sie heute wieder auftritt, zu verhindern. Das entwicklungspolitische Establishment jedoch opponiert beharrlich gegen diese anti-monopolistische Option mit Verweis auf die „Ineffizienz“ und Korruptionsanfälligkeit staatlicher Systeme. Stattdessen solle die Vorratshaltung und Verteilung von Lebensmitteln grundsätzlich von Privatunternehmen übernommen werden. Zwar kritisierten auch soziale Bewegungen häufig Korruption und Ineffizienz dieser staatlichen Einrichtungen, deswegen forderten sie aber noch lange nicht ihre Abschaffung.

## Indiens Public Distribution System

Das wohl bekannteste Beispiel staatlicher Kontrolle über Produktion und Verteilung von Lebensmitteln findet sich in Indien, wo in den 60er Jahren die Food Corporation of India (FCI) und das Public Distribution System (PDS) gegründet wurden. Während der FCI die Erhöhung der nationalen Produktion und die Vorratshaltung oblag, zielte das PDS auf den universellen Zugang zu subventionierten Grundnahrungsmitteln ab. Auf seinem Höhepunkt verteilte das Public Distribution System über ein Netzwerk von 40.000 Fair Price Shops subventionierte Güter wie Reis, Weizen und Zucker an über 80 Millionen Familien. Durch das zentralstaatliche Management ließen sich Güter aus Überschussgebieten in defizitären Regionen verteilen. Über drei Jahrzehnte vermochte dieses System schwere Hungersnöte zu vermeiden.<sup>102</sup>

Dennoch gab es viel Kritik von sozialen Bewegungen. So bezieht die Food Corporation of India ihre Lieferungen hauptsächlich von großen kommerziellen Farmen aus den Bundesstaaten, in denen die Intensivproduktion der Grünen Revolution besonders dominiert, vor allem Andhra Pradesh, Haryana und Punjab. Weil deren agrochemische Inputkosten aber beständig stiegen, während zugleich die Erzeugerpreise sanken, lobbyierte diese mächtige Gruppe erfolgreich für höhere Ankaufspreise der FCI. Im Interesse einer Minderheit von Großagrariern stiegen daher die Kosten des Interventionssystems erheblich an. Dem Public Distribution System wiederum gelang es aufgrund von Bürokratie und Korruption nicht hinreichend, die ärmsten Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Diese von vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen geteil-

te Kritik machten sich wiederum Weltbank und IWF zunutze, um das System nicht etwa zu reformieren, sondern zu zerstören. Sie setzten die indische Regierung unter Druck, das Haushaltsdefizit durch drastische Einsparungen beim Public Distribution System abzubauen. Die Regierung folgte willig den neoliberalen Vorgaben und ersetzte das System in zwei Schritten: 1992 durch das Revamped PDS, welches die Preissubventionen für Verbraucher absenkte, und 1997 durch das Targeted PDS, das den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich einengte. Die Folgen sind niederschmetternd.<sup>103</sup>

Der Zugang zum Targeted PDS wurde differenziert nach Zugehörigkeit zu Einkommensgruppen, die unterhalb oder oberhalb der Armutsschwelle liegen. Diese Differenzierung sollte vorgeblich die armutsorientierte Zielgenauigkeit erhöhen (das sogenannte Targeting). Das Gegenteil jedoch war der Fall: 60 Prozent der vormals Anspruchsberechtigten fielen gänzlich aus dem System heraus. Nach Angaben des „Centre for Science and Environment“ verfügen die ärmsten Menschen auf dem Land (jene mit weniger als 0,01 Hektar Land) und in der Stadt (etwa Obdachlose) zum großen Teil über keinerlei Berechtigungskarten für den Einkauf in den Fair Price Shops.<sup>104</sup>

Für diejenigen, die die Zugangskriterien noch erfüllten, schrumpfte die subventionierte Monatsration Getreide von 70 Kilogramm auf 10 Kilogramm. Ein fünfköpfiger Haushalt kann seitdem nur durchschnittlich 12 Prozent seines Bedarfs über das Targeted PDS decken, den Löwenanteil muss er auf den privaten Märkten einkaufen.<sup>105</sup>

## Demokratische Reform

Seit der neoliberalen Reform des indischen Interventionssystems stieg die Zahl der Hungernden und Unterernährten deutlich an. Nach Angaben der FAO belief sich die absolute Zahl der chronisch Hungernden in Indien 1990–92 auf 207 Millionen Menschen, was 26 Prozent der Bevölkerung entsprach. In den Jahren 2003–05 jedoch kletterte diese Zahl auf 231 Millionen Menschen. Dies entspricht 28 Prozent der Bevölkerung. Nach der jüngsten Verschärfung der Nahrungskrise hat sich die Situation weiter verschlechtert.<sup>106</sup>

Indes geben die Zahlen über chronisch Hungernde nur einen Teil des Bildes wieder, denn Unterernährung ist wesentlich weiter verbreitet. Sie betrifft heute wieder weit über die Hälfte der indischen Bevölkerung. Zwischen 1988 und 2002 stieg der Anteil unterernährter Haushalte auf dem Land von 48 auf 67 Prozent und in der Stadt von 37 auf 51 Prozent. Vor diesem Hintergrund verweist die Zeitschrift *Analytical Monthly Review* auf die historische Erfahrung Indiens, dass es meist nur dann zu Hungersnöten kommt, „wenn der Bevölkerung über eine lange Periode ihr Nahrungsbedarf vorenthalten wird“, und folgert: „Genau in einer solchen Situation finden wir uns heute wieder.“<sup>107</sup> Über die gesamte neoliberale Ära verschlechterte sich in Indien der Zugang zu ausreichender Ernährung. Erst aufgrund dieser langjährigen Entwicklung entfaltet die aktuelle Krise ihre hohe Durchschlagskraft, die sich in dem überaus schnellen Anstieg der Hungerzahlen äußert.

Bitter kommentiert das Blatt: „Innerhalb von zehn Jahren sind die Fortschritte einer ganzen Generation verloren gegangen.“ Das primäre Instrument der Ernährungssicherheit bleibe jedoch das nunmehr erheblich geschwächte Public Distribution System. Aus

diesem Grunde fordert die Zeitschrift die „sofortige Abschaffung des Targeting und die Wiedereinführung des universellen PDS mit einem effektiven System öffentlicher Überwachung“.<sup>108</sup> Soziale Bewegungen, die dem internationalen Netzwerk von Bauernorganisationen *Via Campesina* angehören, plädieren ebenfalls für den Erhalt der öffentlichen Interventionen, allerdings gekoppelt an eine „starke demokratische Kontrolle durch Erzeuger, Gemeinschaften und Verbraucher“.<sup>109</sup>

Der indische Experte für Agrarpolitik Devinder Sharma betrachtet das System ebenfalls als unverzichtbar. Die Bereitstellung sicherer und einträglicher Absatzmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produzenten „kann nicht den Marktkräften überlassen werden“. Das Public Distribution System müsse ebenso „gestärkt und ausgeweitet werden“ wie der öffentliche Aufkauf zu fixierten Preisen. Die Kosten der Interventionen seien zudem „weit geringer als die Subventionen, die an einige Hundert Exporteure verteilt werden“. Diese entscheidenden „Planken der indischen Hungervermeidungsstrategie“ sollten nicht zerstört werden, so Sharma.<sup>110</sup>

Diese Stimmen bleiben jedoch auch in der aktuellen Krise weitgehend ungehört. Unbeirrt privilegieren die internationalen Entwicklungsorganisationen den Anbau weltmarktfähiger Cash Crops anstelle lokal nachgefragter Grundnahrungsmittel. Systematisch fördern sie die Abstützung der Ernährungssicherheit auf Nahrungsimporte und unterdrücken Ansätze zu verbesserter Selbstversorgung, wie sie demokratisch kontrollierte Interventionssysteme darstellen könnten. Börsen und Finanzderivate sind für diese Strategie funktional, vor allem wenn sie auch noch effektiv reguliert werden.

## Der Future zieht den Pflug

Das Motiv der weltmarktorientierten Transformation der Landwirtschaft auf Kosten der Selbstversorgung wird besonders deutlich bei den Aktivitäten der UN-Organisation für Handel und Entwicklung UNCTAD. Weltweit unterstützt die UNCTAD Entwicklungsländer beim Aufbau von Terminmärkten.<sup>111</sup> Diese seien „eines der besten Mittel, um die Lücke zu füllen, die

der staatliche Rückzug aus diesem Bereich hinterlassen hat“.<sup>112</sup> Sie könnten viele der Dienstleistungen erbringen, die zuvor staatliche Marketing Boards übernahmen, etwa die Bereitstellung von Marktinformationen, die Finanzierung sowie Lagerhaltung und Logistik.

Zugleich verdeutlicht die UNCTAD, welches Produktionsmodell sie globalisieren will. Da die an der Börse gehandelten Finanzinstrumente die Ernterisiken vermindern, würden sie es den Bauern erlauben, „Kulturen mit höherem Risiko, aber höherem Ertrag zu pflanzen“. Zudem setzen die an der Börse auftretenden Großabnehmer ein „transparentes Set von Qualitätsstandards“ und stimulieren dadurch „eine größere Produktstandardisierung“.<sup>113</sup>

Was die UNCTAD aber verschweigt ist die Schattenseite: Zwangsläufig führt diese Standardisierung zu einem weiteren Verlust der Kulturpflanzenvielfalt, und damit einem der wichtigsten Instrumente der Ernährungssicherheit. In vielen Gebieten ist der Reichtum an angepassten Landsorten ein weitaus effizienteres Mittel des „Risikomanagements“ als es eine Börse jemals sein kann.

Gerade in trockeneren Regionen mit ihren kurzen, oftmals heftigen Regenzeiten sind angepasste Landsorten und ihr gemischter Anbau unverzichtbar für die Ernährungssicherheit. In den traditionellen Anbausystemen behalten Bäuerinnen und Bauern von

jeder Ernte einen Teil für die nächste Aussaat zurück. Dabei wählen sie die besonders genügsamen und widerstandsfähigen Varietäten aus und entwickeln diese weiter. Mit ihrer Züchtungsarbeit erhalten sie nicht nur die Kulturpflanzenvielfalt, sondern stellen sicher, dass auch karge Böden eine Ernte abwerfen, selbst wenn der Regen einmal ausbleibt. Zudem sind die traditionellen Sorten weitaus günstiger als die Hohertragsorten des Agrobusiness: Sie ermöglichen den Bauern die Wiederaussaat, den Tausch oder den Verkauf ihres eigenen Saatguts.

Dennoch wird die UNCTAD nicht müde, die Vorzüge der Terminmärkte auch für marginalisierte Kleinbauern anzupreisen. Per Telekommunikation könnten sie Preisinformationen in entlegenste Regionen transportieren und damit „Informationsasymmetrien abbauen, die Zwischenhändler privilegieren“. In Indien etwa, wo die Futures-Märkte seit den 90er Jahren schrittweise liberalisiert wurden, beginnen Rohstoffbörsen damit, dezentrale Preisticker in Kleinstädten und Dörfern zu installieren.<sup>114</sup>

## Tödliche Cash Crops

Indes ist das Argument, die Preistransparenz würde die Verhandlungsmacht von Kleinbauern gegenüber Aufkäufern erhöhen, nur vorgeschoben. Vielmehr dienen die Preisticker der Ankopplung an die Cash Crop-Märkte. Sie sollen Bauern dazu bringen, die überregionale Nachfrage, nicht den lokalen Bedarf, zu bedienen: „Die Futures-Preise ermöglichen es den Bauern, ihre Entscheidungen über die Aussaat an dem antizipierten Marktpreis auszurichten.“ Die internationale Vernetzung der Börsen öffne ihnen dann „den Zugang zu globalen Wertschöpfungsketten“. Offen beschreibt die UNCTAD diese Funktion der Terminmärkte: Sie „verstärken die Beziehungen zwischen regionalen und internationalen Käufern und Verkäufern“ und „fördern das Wachstum des Fernhandels“.<sup>115</sup>

Jedoch liefert die UNCTAD keine Antwort auf die Frage, ob Rohstoffbörsen und Cash Crop-Expansion tatsächlich einen Beitrag zu ländlicher Entwicklung geleistet haben. Die indischen Erfahrungen jedenfalls nähren Zweifel. Die neoliberale Transformation der Landwirtschaft verschlechterte nicht nur die Er-

nährungssituation der Bevölkerung, sondern wurde durch eine anhaltende Selbstmordwelle unter Bauern begleitet. Offizielle Opferzahlen sind lückenhaft und existieren nur für einzelne Bundesstaaten. Schätzungen sprechen aber von mehreren 10.000, manche gar von 100.000 Fällen in den vergangenen zehn Jahren. Selbstmorde von Frauen bleiben dabei oft unberücksichtigt, weil sie in der Regel nicht über Landtitel verfügen.<sup>116</sup>

Wichtigster Grund der Selbstmorde ist die Überschuldung von Bauern, die häufig begannen, Hochleistungssorten für das Agrobusiness anzubauen, etwa die genmanipulierte Bt-Baumwolle oder den Hybrid-Mais des US-Konzerns Monsanto. Während die Kosten für das Saatgut, den Kunstdünger und die in großen Mengen erforderlichen Pestizide beständig stiegen, sanken die Erzeugerpreise, was viele Bauern in die Arme privater Geldverleiher trieb. Allein die Baumwolle belegt mit 8 Millionen Hektar rund 5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Indiens, verbraucht aber 58 Prozent der Pestizide. Die häufigste Selbstmordmethode der Überschuldeten ist die

Einnahme der chemischen Pestizide, die sie zuvor für den Pflanzenschutz verwendeten.<sup>117</sup>

Im Bundesstaat Andhra Pradesh gewährte die Regierung den von Todesfällen betroffenen Familien zeitweilig „Kompensationszahlungen“, stellte sie aber

wieder ein, weil dies angeblich noch mehr Bauern antrieb, sich das Leben zu nehmen.<sup>118</sup> In Maharashtra boten die Verschuldeten in Protestaktionen nicht nur Land und ganze Dörfer zum Verkauf an, sondern in „Nieren-Verkaufszentren“ auch ihre Organe.<sup>119</sup>

## Wettbewerb bedroht Ernährungssicherheit

Die grundsätzlich positive Wertschätzung von Börsen teilen auch manche Nichtregierungsorganisationen, etwa die Globalisierungskritiker: „Solange bestimmte Risiken für die Realwirtschaft in der globalen Wirtschaft bestehen“, so eine Erklärung der Gruppe Attac, „können Derivate eine positive Funktion als Absicherung gegen diese Risiken haben. Für diesen Zweck sollten sie standardisiert und von der Aufsicht geprüft an der Börse gehandelt werden.“<sup>120</sup>

Die „Realwirtschaft“ erscheint hier lediglich als Opfer der deregulierten Finanzsphäre. Aber selbst wenn die Börsen nach den Vorstellungen von Attac reguliert würden, fördern sie eine überaus problematische „realwirtschaftliche“ Produktion. Je besser die Terminmärkte funktionieren, d.h. Preisfindung und Risikomanagement gewährleisten, umso effizienter transformieren sie die bäuerliche Landwirtschaft in eine weltmarktorientierte, monokulturelle „High-Input“-Produktion. Eine Indienstnahme der Rohstoffbörsen für soziale oder ökologische Zwecke dagegen ist überaus unrealistisch: Dem stehen ihre dispersen, auf maximale Rendite orientierten Investorengruppen sowie ihre Scharnierfunktion zu überregionalen Märkten im Weg.

Hauptsächlich jene Bauern, die in die Cash Crop-Produktion für das Agrobusiness einsteigen, können potenzielle Nutznießer der an Börsen gehandelten Finanzinstrumente sein. Die Folge aber: Sie werden durch den internationalen Preisvergleich einem erbarmungslosen Wettbewerb ausgeliefert. Dem wiederum können nur Betriebe standhalten, die fortwäh-

rend in Mechanisierung und produktivitätssteigernde Agrarchemie investieren. Auch die notwendigen Kredite erhalten dabei bevorzugt jene Erzeuger, die Hochleistungssorten für überregionale Märkte, etwa in Form der Vertragslandwirtschaft, anbauen.

Der Wettbewerb aber verstärkt die betriebliche Konzentration und zerstört die lokale Ernährungssicherheit. Diese Erfahrung machten nicht nur indische Baumwollfarmer, sondern auch die Sojabauern Südbrahiliens. Seit Brasilien im Jahr 2005 die zuvor schon illegal eingeschleppte Roundup Ready Soja von Monsanto legalisierte, wechseln immer mehr Familien im Bundesstaat Rio Grande do Sul vom Mischanbau für die lokale Ökonomie zum Vertragsanbau der genmanipulierten Soja für überregionale Abnehmer.

Der Sozialwissenschaftler Antônio Andrioli schildert, wie die Familienbetriebe aufgrund der versprochenen Produktivitätssteigerungen und Arbeitersparnisse das intensive Produktionsmodell übernehmen und dadurch beginnen, „mit Hilfe von Technik untereinander um ihr Überleben zu konkurrieren“.<sup>121</sup> Auf Dauer aber sind sie nicht konkurrenzfähig. Der Kostendruck erfordert immer größere Flächen, steigende Inputs, zunehmenden Maschineneinsatz und aufwändige Infrastruktur. Viele Kleinbetriebe in Südbrahiliens können die finanziellen Belastungen nicht mehr tragen, verschulden sich, verkaufen ihr Land und wandern in andere Regionen ab. Die Landkonzentration nimmt dadurch immer stärker zu, während die lokale Lebensmittelherzeugung sinkt.

## Brandmauer zwischen Krise und Normalität

Extreme Armut, Mangelernährung und chronischer Hunger sind dauerhafte Phänomene des Kapitalismus. Sie reproduzieren sich und verschwinden nicht einfach. Zwar sank bis Mitte der 90er Jahre die Zahl der Hungernden, seither jedoch steigt sie wieder er-

heblich an. Der vergangene Rohstoffboom hat diese Trendumkehr nur noch beschleunigt und die strukturelle Nahrungskrise weiter verschärft.

Dieses Wirtschaftssystem ist erkennbar keines des beständigen zivilisatorischen Fortschritts. Das be-

zeugen auch die Reaktionen der „internationalen Gemeinschaft“. Unübersehbar ist die Tendenz, die Nahrungskrise – wie auch die umfassendere soziale und ökologische Krise – als Sicherheitsproblem zu behandeln. Der Neoliberalismus ging mit einer derart tiefgreifenden Enthumanisierung einher, dass heute militärische Antworten auf gesellschaftliche Verwerfungen wieder salonfähig sind.

Die bereits Mitte der 90er Jahre einsetzende Trendumkehr zeigt daneben, dass die Ursachen des Hungers nicht an den Zyklen der Agrarpreise festgemacht werden können. Vielmehr sind sie in der Normalität einer ständigen Ausdehnung der Weltmarktkonkurrenz zu suchen. Zunehmend geraten Produktion und Tausch von Nahrungsmitteln in den Sog des globalen Wettbewerbs. Nur eine Minderheit von Bäuerinnen und Bauern kann hier mithalten, während Verbraucherinnen und Verbraucher immer ungeschützter den Risiken extremer Preisschwankungen ausgeliefert werden. Genau aus diesem Grunde ist das, was die Neoliberalen so fürchten, überaus gerechtfertigt: Misstrauen in den Weltmarkt.

Auf diesem Markt haben die besten wirtschaftlichen Überlebenschancen jene, die das Produktionsmodell der chemisierten Intensivlandwirtschaft übernehmen. Dies aber ist ein Modell, das bereits heute an soziale und ökologische Grenzen stößt. Weil sich diese Grenzen mittlerweile auch ökonomisch bemerkbar machen, treten sie durchaus ins gesellschaftliche Bewusstsein. Jedoch gleichen die dominanten Antworten einer krisenverschärfenden Rosskur: mehr Technik, mehr Markt, mehr Wettbewerb.

Ebenso wenig sind Lösungen der Nahrungskrise von einer bloßen Reparatur des deregulierten Finanzsystems zu erwarten. Auch wenn ein Verbot „exzessiver Spekulation“ möglicherweise die Preisvolatilität an Rohstoffbörsen ein wenig dämpfen mag, stellt es doch

die Funktionsfähigkeit eines expandierenden Marktinstrumentes sicher, das die Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung in eine destruktive Wettbewerbsschlacht führt. Tragfähige Lösungen lassen sich aber nur durch einen Ausbruch aus der Normalität der kapitalistischen Konkurrenz entwickeln.

Diese inhumane Normalität erzeugt den Hunger. Denn er ist Teil eines Kontinuums, das mit sozialer Ungleichheit und Verarmung beginnt und an dessen Ende Krankheit und Tod drohen. Der Historiker Mike Davis schreibt, dass genau aus diesem Grunde viele afrikanische Gesellschaften „keine begriffliche Brandmauer zwischen Unterernährung und Hungersnot, Armut und Verhungern“ errichten. „Sie können auch nicht das moralische Kalkül wohlhabender Länder nachvollziehen, die bei ausgewiesenen Hungersnöten umgehend Hilfe leisten, aber chronische Unterernährung, die für die Hälfte der Säuglingssterblichkeit auf dem Planeten verantwortlich ist, gleichgültig ignorieren. Und sie haben zu Recht ein großes Misstrauen gegenüber einer Semantik der Hungersnot, die allzu häufig die ‚normale‘ ländliche Armut unsichtbar macht.“<sup>122</sup>

Hungerkrisen gehen stets mit sozialen Kämpfen einher, mit den Rufen nach Brot, Land und Freiheit. In diesen sozialen Auseinandersetzungen nehmen die jeweiligen Forderungen erst konkrete Gestalt an. Sie variieren von Land zu Land und orientieren sich meist an den drängendsten lokalen Problemen. Erst in der Auseinandersetzung mit diesen Kämpfen lassen sich die notwendigen Maßnahmen grenzüberschreitender Solidarität ermitteln. Gerade in der beginnenden Wirtschaftskrise, die wieder zur Flucht in nationalstaatliche Krisenbewältigung führt, ist die internationale Solidarität wichtiger denn je: Deutschland hat die Mittel für umfassende „Rettungspakete“, ein Großteil der Länder des Südens aber nicht.

## Endnoten

- 1 *Halte à la vie chère!* Afrique magazine, 275/276, August/September 2008.
- 2 *Déclaration finale de la deuxième édition du Forum Social du Burkina Faso.* www.forumsocialburkina.info
- 3 CSIS, 2008.
- 4 Sherman, 2008.
- 5 NIC, 2008.
- 6 Sumpsi Viñas, 2008.
- 7 NATO Review, 2008.
- 8 Ebd.
- 9 *Piraterie vorbeugen – nicht militärisch bekämpfen!* Presseinformation, Evangelischer Entwicklungsdienst, 9.12.2008.
- 10 IMF, 2008a.
- 11 World Bank, 2008.
- 12 FAO, 2008a.
- 13 FAO, 2008c.
- 14 *Number of hungry people rises to 963 million.* FAO, Pressemitteilung, 9. Dezember 2008.
- 15 FAO, 2008c.
- 16 Siehe FAO 2006.
- 17 Poppinga, 2008.
- 18 Reichert/Thomsen, 2007.
- 19 *Frankreich arbeitet Kompromissvorschlag zur Zukunft der EU-Landwirtschaft aus.* EurActiv.com, 20. November 2008.
- 20 World Bank, 2007, S. 97.
- 21 Zeddies, 2006.
- 22 World Bank, 2007, S. 108.
- 23 A.a.O., S. 109.
- 24 FAO, 2008e, S. 61.
- 25 FAO 2008b, S. 90.
- 26 Ebd.
- 27 IMF, 2008c.
- 28 IFAD, 2008.
- 29 *Africans Sort Out Financial Priorities As Nations Pursue Coordinated Rescue Plan.* VOA News, 12. Oktober 2008.
- 30 Hoering, 2007, S. 94f.
- 31 Grain, 2008.
- 32 Ebd.
- 33 *Pakistan eyeing corporate farming amid rising wheat crisis.* Kuwait New Agency (KUNA), 11. Oktober 2008.
- 34 *Merauke mega-project raises food fears.* Down to Earth, No. 78, August 2008.
- 35 IMF, 2008a, S. 83f.
- 36 IMF, 2008b.
- 37 IMF, 2008a, S. 105.
- 38 IFPRI, 2007.
- 39 Siehe Ray, 2008a, sowie World Bank, 2008.
- 40 FAO, 2008e, S. 61.
- 41 FAO, 2008b, S. 1.
- 42 FAO, 2008e, S. 62.
- 43 IMF, 2008a.
- 44 World Bank 2008a, IMF 2008a.
- 45 ITF, 2008.
- 46 IMF, 2008a.
- 47 BGR, 2008, S. 5 und S. 21.
- 48 FAO, 2008b.
- 49 IFAD, 2008.
- 50 CFTC, 2008a.
- 51 Europäische Kommission, 2007, S. 7.
- 52 Poppinga, 2008, S. 44f.
- 53 FAO, 2008e, S. 1.
- 54 Ebd, S. 63.
- 55 Ebd., S. 62.
- 56 IFPR, 2007, S. 4.
- 57 IPCC, 2007.
- 58 FAO, 2008d.
- 59 Eine Gallone entspricht 3,785 Liter.
- 60 Treibstoffe auf Zellulosebasis (u.a. Holz, Stroh, Gräser, Reste, Ganzpflanzen) sowie die sehr aufwändigen Biomass-to-Liquid-Verfahren gelten vielfach als Hoffnungsträger, da sie vorgeblich die Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion mindern. Unterschätzt wird dabei aber meist, dass auch hier ein hoher Flächenbedarf entsteht und grundsätzlich auch Nahrungspflanzen, dann als Zelluloselieferanten, genutzt werden können. Allerdings sind diese Verfahren noch weit von der Marktreife entfernt.
- 61 FAO, 2008d.
- 62 Nach dem jüngsten Kompromiss auf EU-Ebene wären neben Agrotreibstoffen auch andere erneuerbare Energien im Transportsektor anrechenbar, etwa mit Solarenergie angetriebene Fahrzeuge. Zugleich wurden aber differenzierte Subziele für Treibstoffe der 1. und 2. Generation aufgegeben. Das Gesetzgebungsverfahren ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Siehe: *EU agrees 10% 'green fuel' target in renewables deal.* EurActiv, 5. Dezember 2008.

- 63 GSI, 2007.
- 64 Siehe CFTC, 2008.
- 65 World Bank, 2008.
- 66 FAO, 2008d und World Bank, 2008.
- 67 CRS, 2008.
- 68 World Bank, 2008, S. 11.
- 69 Ebd., S. 16.
- 70 Ebd., S. 17.
- 71 Für Beispiele dieser Konflikte siehe: Fritz, 2008; GRAIN, 2007; ABN 2007.
- 72 Schulmeister, 2008.
- 73 Masters, 2008.
- 74 Beispiele solcher Rohstoff-Indizes sind der *Dow Jones-AIG Commodity Index* oder der *Goldman Sachs Commodity Index*.
- 75 Masters, 2008.
- 76 Krugman, 2008a.
- 77 Krugman, 2008b.
- 78 Blas/Chung, 2008.
- 79 CFTC, 2008a.
- 80 ECFT, 2008, S. 49.
- 81 *India extends ban on futures trading to cool prices*. International Herald Tribune, 8. Mai 2008.
- 82 Blas/Chung, 2008.
- 83 Krugman, 2008a.
- 84 *Who is Oil Speculator Expert Michael Masters?* www.foxbusiness.com, 1. Juli 2008.
- 85 Siehe: www.stopoilspeculationnow.com
- 86 Niemeyer, 2008.
- 87 Buis, 2008.
- 88 *Biofuels sector sees ally in Obama*. Reuters, 5. November 2008.
- 89 Niemeyer, 2008.
- 90 Buis, 2008.
- 91 Ein Beispiel für das Risiko mangelnder Konvergenz von Spot- und Futures-Preisen: Fällt der sich zur Ernte-Zeit realisierende Spot-Preis für Mais deutlich niedriger aus als der Futures-Preis, macht ein Mais-Käufer, der zur Absicherung einen Futures-Vertrag unterzeichnete, möglicherweise einen hohen Verlust. Starke Abweichungen zwischen Spot- und Futures-Preisen können daher die Absicherungsfunktion der Terminbörsen gefährden. Wird das Verlustrisiko zu groß, unterzeichnen manche potenziellen Abnehmer keine Futures-Verträge mehr. Schwindet die Zahl derjenigen, die sich per Future zur Abnahme von Mais verpflichten, finden auch Maisbauern weniger Marktteilnehmer, die bereit sind, mit ihnen einen Futures-Vertrag zur Absicherung ihrer Lieferung zu unterzeichnen.
- 92 HLTF, 2008, S. 22f.
- 93 Ebd.
- 94 IFPRI, 2008.
- 95 Ebd.
- 96 *G8 Leaders Statement on Global Food Security*. Hokkaido, 2008.
- 97 Lin, 2008.
- 98 HLTF, 2008, S. 3.
- 99 Ebd., S. 22.
- 100 Ray, 2008b.
- 101 IFPRI, 2008.
- 102 Müller/Patel 2004.
- 103 Ebd.
- 104 CSE, 2007.
- 105 Müller/Patel 2004.
- 106 FAO, 2008c.
- 107 *Analytical Monthly Review*, 2008.
- 108 Ebd.
- 109 Müller/Patel 2004.
- 110 Sharma, 2006.
- 111 Die UNCTAD leistete diesbezügliche technische Hilfe u.a. in Ghana, Kasachstan, Indien, Indonesien, Malaysia, Nigeria, Sri Lanka und in der Dominikanischen Republik. Derzeit unterstützt sie die Afrikanische Union beim Aufbau der Panafrikanischen Rohstoffbörse PACDEX (Pan-African Commodities and Derivatives Exchange).
- 112 UNCTAD, 2007.
- 113 Ebd.
- 114 UNCTAD, 2006.
- 115 UNCTAD, 2007.
- 116 Josson 2007.
- 117 Mishra, 2006.
- 118 Farooq, 2004.
- 119 Bunsha, 2006.
- 120 Attac, 2008.
- 121 Andrioli, o.J.
- 122 Davis, 2005, S. 31.

## Literatur

- ABN, 2007: *Agrofuels in Africa – The Impacts on Land, Food and Forests*. African Biodiversity Network, July 2007.
- Analytical Monthly Review, 2008: *India's Emerging Food Security Crisis: The Consequences of the Neoliberal Assault on the Public Distribution System*. Editorial, Mai 2008.
- Andrioli, Antônio Inácio, o.J.: *Biosoja versus Gensoja: Eine Studie über Technik und Familienlandwirtschaft im nordwestlichen Grenzgebiet des Bundeslandes Rio Grande do Sul/Brasilien*. Zusammenfassung der gleichnamigen Dissertation.
- Attac, 2008: *Die Zeit ist reif: Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte!* Attac Statement zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen. [www.casino-schliessen.de](http://www.casino-schliessen.de)
- BGR, 2008: *Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2007*. Kurzstudie. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, 24.11.2008.
- Blas, Javier/Chung, Joanna, 2008: *The usual suspect: Are financial investors driving up the cost of commodities?* Financial Times, 7. Juli 2008.
- Buis, Tom, 2008: Statement before the Senate Homeland Security and Governmental Affairs Committee. 20. Mai 2008.
- Bunsha, Dionne, 2006: *Villages for sale in Vidarbha*. Frontline, Volume 23, Issue 5, March 11–24, 2006.
- CFTC, 2008a: *Agricultural Markets Roundtable*. Commodity Futures Trading Commission, Präsentation, 22. April 2008, Washington/DC.
- 2008b: *Staff Report on Commodity Swap Dealers & Index Traders with Commission Recommendations*. Commodity Futures Trading Commission, September 2008.
- CRS, 2008: *High Agricultural Commodity Prices: What are the Issues?* Congressional Research Service, 6. Mai 2008.
- CSE, 2007: *Demystifying India's latest poverty estimate*. Center for Science and Environment. E-Pov Newsletter, August 2007.
- CSIS, 2008: *A Call for a Strategic U.S. Approach to the Global Food Crisis*. Center for Strategic and International Studies, Washington, Juli 2008.
- Davis, Mike, 2005: *Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter*. Berlin 2005.
- ECFT, 2008: *Report of Expert Committee to Study the Impact of Futures Trading on Agricultural Commodity Prices (ECFT)*. Chairman: Prof. Abhijit Sen.
- Europäische Kommission, 2008: *Vorbereitung auf den „GAP-Gesundheitscheck“*. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, 20. November 2007, KOM(2007) 722 endgültig
- FAO, 2008a: *Soaring Food Prices. Facts, Perspectives, Impacts And Actions Required*. April 2008, HLC/08/INF/1.
- 2008b: *Food Outlook*. Juni 2008.
- 2008c: *The State of Food Insecurity in the World 2008*. Rom.
- 2008d: *The State of Food and Agriculture*. Rom.
- 2008e: *Food Outlook*. November 2008.
- 2006: *The State of Food Insecurity in the World 2006*. Rom.
- Farooq, Omer, 2004: *Suicide spree on India's farms*. BBC News, 3. Juni 2004.
- Fritz, Thomas, 2008: *Agroenergie in Lateinamerika – Fallstudie anhand vier ausgewählter Länder: Brasilien, Argentinien, Paraguay und Kolumbien*. Brot für die Welt/FDCL, Stuttgart/Berlin 2008.
- GRAIN, 2008: *Seized! The 2008 land grab for food and financial security*. GRAIN Briefing, Oktober 2008.
- 2007: *Agrofuels special issue*. Seedling, Juli 2007.
- GSI, 2007: *Biofuels: At What Cost? Government support for ethanol and biodiesel in the European Union*. Global Subsidies Initiative, Genf.
- HLTF, 2008: *Comprehensive Framework for Action*. High-Level Task Force on the Global Food Security Crisis. Juli 2008.
- Hoering, Uwe, 2007: *Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich*. Hamburg.
- IFAD, 2008: *Growing demand on agriculture and rising prices of commodities*. International Fund for Agricultural Development, Februar 2008.

- IFPRI, 2007: *The World Food Situation: New Driving Forces and Required Actions*. Joachim von Braun, International Food Policy Research Institute, Dezember 2007.
- 2008: *Physical and Virtual Global Food Reserves to Protect the Poor and Prevent Market Failure*. International Food Policy Research Institute, Joachim von Braun/Maximo Torero, IFPRI Policy Brief 4, Juni 2008.
- IMF, 2008a: *World Economic Outlook 2008*. Oktober.
- 2008b: *World Economic Outlook Update*, 8. November 2008.
- 2008c: *Food and Fuel Prices – Recent Developments, Macroeconomic Impact, and Policy Responses*. An Update. International Monetary Fund, 19. September 2008.
- IPPC, 2007: *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Cambridge.
- ITF, 2008: *Interim Report on Crude Oil*. Interagency Task Force on Commodity Markets, Washington/DC, Juli 2008.
- Josson, Suma, 2007: *Farmers Suicides: A Man Made Tragedy*. Documentaries, India Friends Association.
- Krugman, Paul, 2008a: *Fuels on the Hill*. New York Times, 27. Juni 2008.
- 2008b: *The Oil Nonbubble*. New York Times, 12. Mai 2008.
- Lin, Justin, 2008: *Roundtable on 'Preparing for the Next Global Food Price Crisis'*. Prepared Remarks by Justin Lin, Senior Vice President and Chief Economist World Bank. 17. Oktober 2008.
- Masters, Michael W., 2008: *Testimony before the Committee on Homeland Security and Governmental Affairs, United States Senate*. 20. Mai 2008.
- Mishra, Srijit, 2006: *Suicide of Farmers in Maharashtra*. Indira Gandhi Institute of Development Research, Mumbai, 26. Januar 2006.
- Müller, Anders Riel/Patel, Raj, 2004: *Shining India? Economic Liberalization and Rural Poverty in the 1990s*. Food First, Policy Brief No. 10, Oakland, Mai 2004.
- NATO Review, 2008: *What does the food crisis mean in Afghanistan?* In: NATO Review, Food and Security, Mai 2008.
- NIC, 2008: *Global Trends 2025: A Transformed World*. National Intelligence Council, November 2008.
- Niemeyer, Gary, 2008: *Testimony of Gary Niemeyer, National Corn Growers Association, before the U.S. House Agriculture Subcommittee*. Washington DC, 15. Mai 2008.
- Poppinga, Onno, 2008: *Hat es einen Ruck gegeben? Überlegungen zum Preissprung bei Getreide, Raps und Milch im Spätsommer 2007*. In: AgrarBündnis (Hg.): *Der kritische Agrarbericht 2008*. S. 36–45.
- Ray, Daryll E., 2008a: *USDA top officials versus USDA data*. Agricultural Policy Analysis Center, Policy Pennings, Article Nr. 409.
- 2008b: *World Bank studies beginning to acknowledge the elephants in the global living room?* Agricultural Policy Analysis Center, Policy Pennings, Article Nr. 423.
- Reichert, Tobias/Thomsen, Berit, 2007: *Eine neue EU-Agrarpolitik für Nord und Süd*. In: AgrarBündnis (Hg.): *Der kritische Agrarbericht 2007*. S. 86–89.
- Schulmeister, Stephan, 2008: *Die Abzocker am „Bullenmarkt“*. Gastkommentar in: *Die Presse*, 13.6.2008.
- Sharma, Devinder, 2006: *Reviving Indian Agriculture – An Action Plan*. Indian Food Policy, <http://www.foodpolicy.in/html/dsharma/dsharma.htm>
- Sherman, Jason, 2008: *Mullen Directs DOD to Assess Security Impacts of Global Food Crisis*. Inside The Pentagon, 8. Mai 2008.
- Sumpsi Viñas, José María, 2008: *A hungry man is an angry man*. In: *Nato Review, Food and Security*, Mai 2008.
- UNCTAD, 2007: *The Development Role of Commodity Exchanges*. 25. Juni 2007.
- 2006: *Overview of the World's Commodity Exchanges*. 31. Januar 2006.
- World Bank, 2008: *A note on Rising Food Prices*. Policy Research Working Paper 4682, Donald Mitchell, Juli 2008.
- 2007: *World Development Report 2008. Agriculture for Development*. Washington 2007.
- Zeddies, Jürgen, 2006: *Nachwachsende Rohstoffe für den Energiesektor*. In: I. Darnhofer, C. Walla, H.K. Wytrzens (Hg.): *Alternative Strategien für die Landwirtschaft*. S. 123–134, Wien 2006.

## Über das FDCL

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum weit über die Grenzen Berlins hinaus Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren oder zu bestimmten Themen engagieren wollen. Diverse Projekte, politische Initiativen, Länderkomitees, MigrantInnengruppen und lateinamerikabezogene Medienprojekte arbeiten unter dem Dach des FDCL. Mit unserem Archiv leisten wir seit der Gründung des Vereins im Jahre 1974 einen kontinuierlich kritischen Beitrag zur Dokumentation der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und dessen Beziehungen zu den Ländern des „Nordens“.

**Was wir machen...** Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Mit dem regionalen Fokus Lateinamerika/Karibik beschäftigen wir uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen AkteurInnen hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

**Wir arbeiten zusammen mit...** Das FDCL bildet seit 1974 zusammen mit den LN - Lateinamerika Nachrichten (LN) sowie seit 1996 auch mit der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung (BLUE21) eine lebendige Bürogemeinschaft, in der auch attacberlin UntermieterIn ist, in den obersten Räumen des Berliner Mehringhofes. Wir arbeiten seit unserer Gründung mit sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Lateinamerika im Rahmen unserer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Das FDCL engagiert sich in verschiedenen entwicklungspolitischen und solidaritätsbezogenen Zusammenschlüssen und Kampagnen. So ist es Mitglied im Berliner entwicklungspolitischen Ratschlag (BER), im Netzwerk der Brasiliengruppen Deutschlands Kooperation Brasilien (KoBra), im Tropenwaldnetzwerk Brasilien, im Bundeskongress Internationalismus (BUKO), im Archiv-Verbund Archiv3, in der Koalition gegen Straflosigkeit, im lateinamerikanisch-europäischen biregionalen Netzwerk Enlazando Alternativas, bei Netzwerk Selbsthilfe sowie bei ATTAC-Deutschland.

**Kontakt zum FDCL** fon: + 49 [0]30 693 40 29 \* fax: + 49 [0]30 692 65 90 \* mail FDCL: [fdcl-berlin@t-online.de](mailto:fdcl-berlin@t-online.de)  
\* mail FDCL-Archiv: [archiv@fdcl.org](mailto:archiv@fdcl.org) \* Internet: [www.fdcl.org](http://www.fdcl.org)

Diese Publikation wurde finanziell gefördert durch:

**inWent**

Internationale Weiterbildung  
und Entwicklung gGmbH

**dieGesellschafter.de**

In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ      Deutschen Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V.

## Project framework

This publication has been produced with the financial assistance of the European Union. The contents of this publications are the sole responsibility of the authors and can under no circumstances be regarded as reflecting the position of the European Union.

This publication was elaborated within the framework of the cooperation-project „Handel-Entwicklung-Menschenrechte“ of the Heinrich Böll Foundation (hbs), the Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), and the Transnational Institute (TNI).

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG



 TRANSNATIONAL INSTITUTE  
ALTERNATIVE REGIONALISMS

More information at: <http://www.handel-entwicklung-menschenrechte.org>

# Dem Weltmarkt misstrauen

## Die Nahrungskrise nach dem Crash

Autor: Thomas Fritz | FDCL, Berlin, Dezember 2008  
ISBN-10: 3-923020-43-0 | ISBN-13: 978-3-923020-43-0

